

Technik und Wirtschaft

Herausgeber: Dr.-Ing. Otto Bredt und Dr. Georg Freitag / VDI-Verlag GmbH, Berlin NW 7

25. Jahrgang

Juni 1932

Heft 6

Autarkie?

Von Dr.-Ing. OTTO BREDT, Berlin

Die Frage „Autarkie oder Freihandel“ ist längst aus dem Bereiche weltanschaulicher Gegensätze in das Feld praktischer Daseinskämpfe getreten. Das ist verständlich. Denn etwa 20 bis 25% der deutschen Wirtschaft sind nach Umsatzwert, Kapital und Arbeit unmittelbar vom Weltmarkt abhängig. Eine jede Erschütterung der Auslandsbeziehungen bedeutet somit eine mehr oder weniger weitgreifende Umwälzung der inneren Verhältnisse und gefährdet infolgedessen auch die auf eine bestimmte Erzeugung und einen bestimmten Verbrauch eingestellte heimische Wirtschaft immer wieder in ihren Grundlagen. Eine internationale Verständigung im Sinne eines freien Handelsverkehrs erscheint daher zunächst als naheliegendes und erstrebenswertes Ziel. Ihm gegenüber steht die Erfahrung der letzten Jahrzehnte, die es immer mehr als absurd erscheinen läßt, auf die Neuordnung der Welt zu warten, um der Not des Einzelnen und der Gesamtheit steuern zu können. Denn bis dahin ist das Dasein des Einzelnen verkommen und das Schicksal der Gesamtheit vernichtet. In der Bewegung zur Autarkie, die vorerst ja nur eine Richtung und nicht etwa schon ein Ziel darstellt, liegen daher starke, aus der Not der Zeit heraus geborene Kräfte gebunden. Kräfte, die — mögen sie nun ideellen oder materiellen Ursprunges sein — ihre Lebensberechtigung allein schon aus den Fehlern und Irrwegen der Vergangenheit und dem Willen zur Selbstbesinnung und Selbstbehauptung erweisen. Kräfte, mit denen in jedem Falle für die Zukunft praktisch zu rechnen ist, weil sie die natürliche und darum gesunde Abkehr von allen den Einseitigkeiten und Übertreibungen der vergangenen Wirtschaftsepoche begleiten. Kräfte, die aber im Sinne einer Entwicklung und Erhaltung lebensfähiger Formen und Wege des Wirtschaftens gefaßt werden müssen, um aus dem Willen zur Selbstbesinnung und Selbstbehauptung nicht den Irrsinn der Selbstverstümmelung und Selbstzerstörung werden zu lassen. Inwieweit dies gelingt, wird die Zukunft der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes entscheidend beeinflussen. Jedes industrielle Unternehmen aber wird durch den Ausgang dieses Kräftespieles in der nächsten Zeit vor schwerwiegende Entscheidungen und Maßnahmen gestellt. Es soll daher versucht werden, aus der inneren Gesetzmäßigkeit der bisherigen wirtschaftlichen Entwicklung heraus eine Beurteilungsgrundlage für die kommenden Ereignisse und die daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen zu finden.

1. Die Überspitzung des Freihandels

Zwei Bewegungen sind es, welche die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte bestimmen:

- a) die immer weiter getriebene Mobilisierung und Kommerzialisierung aller Werte¹⁾,
- b) die immer weiter gesteigerte Vorwegnahme der erst in der Zukunft zu verwirklichenden Kapitalbildung²⁾.

Die erste Bewegung führt dazu, nicht nur dem Erzeugnis selbst im nationalen und internationalen Güteraustausch den Charakter der Ware³⁾ zu geben, sondern

auch die andern Hauptfaktoren der Wirtschaft, Arbeit, Kapital und Geld, mehr und mehr zu kommerzialisieren. Selbständige Märkte (Arbeitsmarkt, Kapitalmarkt, Geldmarkt) entstehen, gewinnen Eigenleben und verlieren damit nur gar zu häufig den inneren Sinnzusammenhang im Umlauf der Werte, der letzten Endes ja stets an Gütererzeugung, Güterverteilung und Güterverbrauch der Wirtschaft gebunden ist. Eine wechselseitige Verflechtung, ja Verfilzung der Welt beginnt, die den Grundgedanken des Freihandels, die Handlungsfreiheit des wirtschaftenden Individuums, in das Gegenteil umkehrt, da sie immer mehr die Daseinsmöglichkeiten des Einzelnen von dem Funktionieren des Ganzen abhängig macht und der Welt statt der Freiheit des Handelns die Ketten des Zwanglaufes bringt.

Die zweite Bewegung entsteht mit der Industrialisierung der Wirtschaft. Programmäßig erzeugte Ware wird zum Verkauf gestellt, die Realisierung von der Zukunft erwartet. Anstatt der Nachfrage des Marktes wird das Angebot des Betriebes mehr und mehr zum entscheidenden Faktor des Absatzes und Bestimmer des Preises. Die damit verbundene Intensivierung der Produktion führt zur gesteigerten Investierung in Produktionsmitteln, die — als kapitalwirtschaftliches Vermögen geführt — im Grunde genommen nichts anderes bedeutet als aktivierter Aufwand, der in der Zukunft einmal aus dem Wirtschaftsertrage nach und nach abgedeckt werden muß. Der daraus sich mehr und mehr ergebende Zwang, den notwendigen Absatz auch für die Zukunft zu sichern, führt nicht nur zur immer weiter getriebenen Konzentrierung der Betriebe und Intensivierung des Marktes, sondern auch zu einer immer weiter gesteigerten Ausweitung des Verbrauches. Vermag dann die Kaufkraft der Massen den gesteigerten Konsum nicht mehr zu bewältigen, wird der Konsum „finanziert“, was namentlich in Amerika, aber auch bei uns in Deutschland nur zu oft die zukünftigen Möglichkeiten von Markt und Betrieb zugunsten der jeweiligen Gegenwart ganz erheblich belastet. Denn Konsumfinanzierung, ganz gleich in welcher Form sie nun auftritt, bedeutet nicht nur vorweggenommene Kauf- und Konsumkraft und damit vorweggenommene Arbeits- und Erwerbsmöglichkeit, sondern gleichzeitig auch auf dem Wege des Kundenkredites vorweggenommene Bildung zukünftigen Ersatzkapitals. Ersetzt doch im Umlauf der Werte sich das einmal aufgewandte Kapital nicht etwa schon im formalen Lieferungsvollzug, sondern erst wenn der Wirtschaftsertrag durch die Zahlung „verwirklicht“ worden ist. Wird nun dieser ganze Intensivierungsprozeß nicht aus dem Eigenkapitale der Unternehmen be-

1) „Für und Wider die Rationalisierung“, ein Beitrag zur II. Internationalen Diskussionskonferenz des Internationalen Rationalisierungsinstituts in Genf 1931, Band 4, Seite D/27.

2) „Individuelle Wirtschaftsführung (Konzentration oder Kooperation?)“, Band 3 der Schriftenreihe der GfürO, Verlag für Organisationschriften GmbH, Berlin 1931.

3) Es ist zu beachten, daß ein jedes Erzeugnis (Gut) erst dann den Charakter der „Ware“ erhält, wenn es „gehandelt“ wird.

stritten, sondern mehr und mehr der kurz- oder langfristige Kredit zur Finanzierung verwendet, so ist eine verstärkte Vorbelastung zukünftiger Kapitalbildung die notwendige Folge, da jeder in Anspruch genommene Kredit von dem betreffenden Unternehmen nicht nur verzinst, sondern auch getilgt werden muß. Treten dann irgendwie in der stets nur aus der wirtschaftlichen Betätigung selber heraus zu bewerkstellenden Kapitalersatz- oder Kapitalneubildung eines Unternehmens oder gar der gesamten Branche und Wirtschaft Störungen auf, sei es in Markt und Betrieb oder infolge einer übermäßigen Belastung durch Staat und Gesellschaft (Fiskal- und Soziallasten), so sind schwerwiegende Rückschläge und Zusammenbrüche nicht zu vermeiden. Die Wiedergesundung der Wirtschaft ist dann aber um so stärker erschwert, als nicht nur die vergangene Wirtschaftsentwicklung die Möglichkeiten zukünftiger Wertbildung belastet, sondern auch der Wiederaufbau infolge der mit Notwendigkeit eintretenden Kapitalverluste nur von einer stark verengten, damit aber um so bedeutsameren Kapitalgrundlage aus erfolgen kann.

Nun besitzen aber beide Bewegungen, wie die Entwicklung der letzten Jahre mit voller Deutlichkeit zeigt, die für sie gerade in den Überspitzungsepochen besonders charakteristische Eigentümlichkeit, daß sie die Fehler der bereits vollzogenen Einseitigkeit und Übertreibung zunächst stets durch eine noch weitere Steigerung derselben wettzumachen versuchen. Ursprünglich im Dienste der Erschließung der Welt und des wirtschaftlichen Fortschritts entwickelt, werden sie so immer weiter auf die Spitze getrieben, um schließlich dem Einzelnen wie der Gesamtheit zum Verhängnis zu werden, weil mangelnde Einsicht und mangelnde Entschlußkraft nicht rechtzeitig oder ausreichend genug die Umkehr zu den inneren Gebundenheiten jeden Wirtschaftens finden.

2. Die Gefährdung der Währung

Früher schuf, wie auch heute noch z. T. auf dem Lande und in wenig erschlossenen Überseegebieten, zumeist bereits der einzelne Händler im Rahmen des eigenen Handelsgeschäfts durch den wechselseitigen Hin- und Herkauf von Waren zwischen Stadt und Land, Agrar- und Industrewirtschaft den natürlichen Ausgleich im In- und Auslandsverkehr. Die im Zuge der eingangs erwähnten Bewegungen, insbesondere durch Industrieertrieb und Bankfinanzierung, mehr und mehr geförderte Verdrängung und Spezialisierung des Handels führten demgegenüber zu der unbedingten Abhängigkeit eines jeden Geschäfts von Geld und Kredit. Bestimmt, ursprünglich im wesentlichen nur dem einzelnen Handelsgeschäft zur Zahlungsvermittlung und Zahlungserleichterung sowie damit als Bindeglied im Gütertausch zu dienen, wurden beide nunmehr zum notwendigen Gegenwert, ja zur notwendigen Voraussetzung einer jeden geschäftlichen Handlung und darüber hinaus zum Wertmaßstabe, ja Wertausmaß der Wirtschaft. Jede einseitige oder übersteigerte Handlung im nationalen und internationalen Aufbau und Austausch der Wirtschaft ist daher geeignet, die gesunde Entwicklung und den harmonischen Ausgleich der Dinge zu stören, wie sie sich letzten Endes stets in der Geltung der jeweils herrschenden Währung äußert. Während aber im nationalen Zahlungsverkehr sich eine derartige Überspitzung zumeist nur in Kapitalverlusten und darüber hinaus im Schrumpfungsprozeß der heimischen Wirtschaftsfaktoren ausdrückt, greift im internationalen Zahlungsverkehr eine jede derartige Handlung an die Fundamente der Währung, die ja

den Spitzenausgleich in Gold oder Kredit, d. h. also in jetzt oder zukünftig zahlbarem Golde abdecken muß, sofern nicht der zukünftige Warenaustausch eine andere Art der Abgeltung ermöglicht.

An sich wird im rein heimischen Zahlungsverkehr zwar das Gold in keiner Weise benötigt, da ja das Geld als Gegenwert im Warengeschäft und als Wertmaß der Wirtschaft unmittelbar oder mittelbar nur als Zahlungsanweisung auf neue Einkäufe dient und daher lediglich durch das Vertrauen der Käufer bedingt wird. Nur dann, wenn das heimische Geld aus irgendwelchen Gründen und zu irgendwelchen Zwecken in das Ausland überführt und dort gegen Auslandswerte verkauft wird, spielt sein „Goldkern“ im heimischen Zahlungsverkehr eine Rolle. Und zwar doppelt dann, wenn es rückfließend nicht zur Ausfuhr von Ware ins Ausland, sondern zum Ankauf ausländischer Zahlungsmittel im Inlande und damit zur Verengung des heimischen Einfuhrvermögens führt. Das gilt, ganz gleich ob es sich nun um den Güter- und Geldkapital- oder Arbeitsaustausch einer Volkswirtschaft handelt. Es ist und bleibt somit für die auf den Schutz und die Pflege der eigenen Währung bedachte heimische Wirtschaftspolitik stets von entscheidender Bedeutung, für den Ausgleich der nationalen Zahlungsbilanz geeignete neue Wege und Formen zu finden, ohne dadurch die Gesundung und Förderung der eigenen Wirtschaft als Ganzes zu hemmen.

Um so bedeutsamer aber wird ein solcher harmonisch geführter und gesund entwickelter Ausgleich der nationalen Zahlungsbilanz, wenn es wie in der deutschen Wirtschaft darauf ankommt, trotz der Kapitalverluste im Innern und trotz der Kapitalverschuldung nach außen abermals auf dem Wege einer vernünftigen Kreditverteilung und begrenzten Kreditausweitung neue Mittel zu schaffen, um gegebenenfalls damit die festgefahrene Wirtschaft zu liquidieren und durch Intensivierung des Umschlags wieder das für die Erwerbsbelegung und Arbeitsbeschaffung unbedingt notwendige Kapitalvolumen zu sichern⁴⁾. Denn strömt das so zur Wiedereingangssetzung der Wirtschaft gleichsam als Wechsel auf die Zukunft geschaffene Geld nach dem Auslande ab, ohne einen produktiven Gegenwert durch zusätzliche Ausfuhr zu schaffen, so bricht mit der Währung auch der Erfolg dieser „geldschöpfenden“ Notmaßnahme zusammen. Und zwar auch dann, wenn Geldschöpfung und Kreditausweitung an sich, worauf noch später zurückzukommen sein wird, in wirtschaftlich gesunder Weise erfolgt ist. Auch von diesem Standpunkt aus gehört also der harmonische Ausgleich in der nationalen Zahlungsbilanz zu den wichtigsten Aufgaben einer jeden Wirtschaftspolitik.

3. Aufstieg zur nationalen Wirtschaftskultur

Aus den vorstehenden Ausführungen geht nun aber folgendes mit voller Klarheit hervor: Die Frage „Autarkie oder Freihandel“ kann niemals, wie dies in den meisten Auseinandersetzungen bisher geschieht, allein im Blickfeld des reinen Güterverkehrs eines Volkes, sondern stets nur im Rahmen des gesamten Wirtschaftsproblems erörtert werden, zu dem gerade heute neben dem Austausch der Güter auch der Handel mit Kapital, Geld und Arbeit notwendigerweise gehört.

Die ganze bisherige Entwicklung und ihre immer deutlicher werdenden Folgeerscheinungen auf die Daseins-

4) „Arbeit“, Techn. u. Wirtsch., Heft 5 (Mai) 1932.

grundlagen eines jeden Volkes machen die Rückkehr zur schrankenlosen Freiheit des Handelns, und zwar des Handelns in allen zur „Ware“ gewordenen Wirtschaftsfaktoren für die Zukunft schon aus Gründen der Selbsterhaltung zu einem Ding der Unmöglichkeit. Einen derartigen Freihandelsgedanken auch nur im geringsten zu propagieren, heißt sich der klaren, notwendigerweise aus der ganzen gegenwärtigen Lage zu ziehenden Schlußfolgerung verschließen und damit den Weg zum Wiederaufstieg von sich aus verbauen. Keine auf die Sicherung von Dasein und Lebensgeltung eines Volkes bedachte Regierung, keine die Gesundung und den Wiederaufbau erstrebende Wirtschaftsführung wird sich also in der Zukunft freiwillig auf die Dauer dem Treiben einer schrankenlosen Handelsfreiheit zu verschreiben vermögen. Und zwar gilt das, ganz gleich ob nun der Expansionsdrang der Wirtschaft selber zu den eingangs geschilderten Einseitigkeiten und Übersteigerungen, oder ob die Staatspolitik durch einseitige und übersteigerte Schranken, Eingriffe und Lasten von sich aus zu einer Abdrängung des Handels im Sinne einer immer weiter gesteigerten Loslösung vom eigentlichen Güterprozeß, d. h. also zu einem nur einseitigen „Freihandel“, z. B. auf den Kapital- oder Geldmärkten führt. Denn auf das eine kann nicht oft genug hingewiesen werden: die fiskalisch überspitzte und kapitalfeindliche Politik der letzten Jahrzehnte hat die eingangs erwähnte, schon in sich übersteigerte Entwicklung der Wirtschaft noch in ganz besonders ungesunde Bahnen gelenkt.

Aber es hieße nun von einem Extrem in das andere fallen, wollte man statt der schrankenlosen Freiheit des Handels und der damit verbundenen Aufblähung und Zersetzung aller Werte nun die Autarkie zum Ziele erheben, so sehr die Richtung der Zukunft aus den eingangs geschilderten Gründen zunächst dorthin zeigt. Denn in keinem Lande der Welt läßt sich praktisch auf die Dauer heute der völlige Abschluß vollziehen; ganz abgesehen davon, daß er im Sinne der Selbsterhaltung und Selbstentwicklung des gesamten Volkes, das ja auch seinerseits unmittelbar oder mittelbar vom Weltmarkte lebt, auch gar nicht notwendig ist.

Es verbleibt somit als Kernpunkt eines jeden zukünftigen Wirtschaftsprogrammes, zwischen den Extremen von Freihandel und Autarkie die doppelte Aufgabe zu lösen:

a) im internationalen Liefer- und Zahlungsverkehr sämtlicher Wirtschaftsfaktoren den harmonisch geführten Ausgleich der nationalen Liefer- und Zahlungsbilanz zu suchen,

b) die Gesundung und Erstarkung des heimischen Wirtschaftsvermögens durch die Schaffung und Sicherung neuer, mit dem eigentlichen Güterprozeß (Erzeugung — Verteilung — Verbrauch) wieder mehr unmittelbar und harmonisch verbundener Erwerbs- und Existenzmöglichkeiten breitester Kreise zu betreiben⁴⁾.

Beide Aufgaben aber sind nur dann zu erfüllen, wenn es gelingt, den Ausgleich der nationalen Wirtschaftsbilanz⁵⁾ gegenüber dem Ausland und die Entwicklung des heimi-

⁴⁾ Es wird vielfach unter dem Eindruck der Exportüberschüsse der letzten Jahre übersehen, daß unsere Handelsbilanz im reinen Warenverkehr von 1924 bis 1932 einen Einfuhrüberschuß von mehr als 5 Mrd. RM ausweist. Die Zahlungsbilanz wird demgegenüber stark von den Reparationen und der zunehmenden Auslandsverschuldung beeinflußt. Es ist also erforderlich, auch die nationale Liefer- und Zahlungsbilanz im Sinne einer nationalen Vermögens- und Erfolgsrechnung der dynamischen Wirtschaftsbilanz (wie in der einzelnen Betriebswirtschaft) zu vervollständigen (vgl. „Neue Aufgaben für Technik und Wirtschaft“, Techn. u. Wirtsch. Heft 1, Januar 1932).

sehen Wirtschaftsvermögens im Inland wechselseitig in Einklang zu bringen, d. h. also den Aufstieg zur nationalen Wirtschaftskultur im Sinne einer wahren Wirtschaft des Volkes zu finden.

a) Der Ausgleich der nationalen Wirtschaftsbilanz

Zunächst wird es hier darauf ankommen, mit dem durch den Goldstandard bedingten internationalen Wertmaßstab der eigenen Währung die heimische Wirtschaft in möglichst optimaler Weise auf Import und Export einzuschalten. Hierbei muß damit gerechnet werden, daß wir in der Zukunft auf dem Wege einer Devaluation der Reichsmark auf 80 Goldpfennige die Fehler einer Stabilisierung auf (weltwirtschaftlich gesehen) zu hohem Wertstand wieder gut zu machen haben. Trotz unserer Auslandsverschuldung und gerade wegen der Notwendigkeiten zur Arbeitsbeschaffung und Kapitalneubildung über Export und Import. Auch auf eine elastischere Handhabung der Währung muß sich die Wirtschaft einstellen, die z. B. vielleicht dadurch erzielt werden wird, daß durch irgendwelche zusätzliche Lasten oder Zölle die Goldpunkte der Währung auf einen größeren Spielraum des Marktkurses abgestellt werden. Wie wichtig eine derartige elastische Handhabung der Wertbildung gegebenenfalls für die heimische Währung und darüber hinaus für die heimische Wirtschaft zu sein vermag, zeigt mit voller Deutlichkeit das britische Experiment, das die Währung vom Maßstab zum Mittel der Wirtschaft zu entwickeln bestrebt ist und nicht unterschätzt werden sollte.

Sodann wird der Kampf um die Wege und Formen beginnen, mittels derer die harmonische Abstimmung der nationalen Liefer- und Zahlungsbilanz zu erfolgen vermag. Zwei Standpunkte stehen sich hierbei schroff gegenüber:

α) der Eingriff des Staates in den eigentlichen Wirtschaftsprozeß, mag er sich nun im Devisenclearing oder bis hinein in die planwirtschaftliche Durchdringung und Leitung des Außenhandels von Staatswegen (Außenhandelsmonopol) äußern,

β) die zielbewußte Einstellung des privaten Handels auf die Notwendigkeiten der heimischen Wirtschaft, ganz gleich ob im Güter- und Geld-, oder im Kapital- und Arbeitsverkehr, unter bewußter Hilfe, wenn auch passiver Führung des Staates.

Der erste Weg führt mit Notwendigkeit zur Bürokratisierung und Erschwerung der Wirtschaft. Will man dies nicht, so verbleibt — und das kann nicht deutlich genug einem jeden Unternehmer vor Augen geführt werden — die Aufgabe, aus der Wirtschaft selber heraus neue Wege und Formen im Sinne der Beachtung der oben erwähnten Erfordernisse der heimischen Wirtschaftsbilanz zu finden. Durch ein im Auslandsverkehr zielbewußt zu entwickelndes „Waren-clearing“ oder ähnliche Formen ist, soweit wie irgend möglich, bereits bei dem einzelnen Handelsgeschäft die Inanspruchnahme der eigenen Währung in diesem oder jenem Sinne auszuschalten, oder wenigstens auszugleichen. Versuche hierzu sind bereits in mehreren Fällen von den verschiedensten Seiten aus unternommen⁶⁾. Für einen neuzeitig und wendig eingestellten Groß- und Überseehandel aber erwachsen hier ganz neue Aufgaben

⁶⁾ Als Beispiele sind zu erwähnen: die „Internationale Waren-Clearing-G.m.b.H.“ in Bremen (ähnliche Gesellschaften sind auch in Hamburg und Lübeck ins Leben gerufen); das Warenanstandsabkommen zwischen der Friedr. Krupp A.G., Essen und den dänischen Viehexportverbänden; die Gründung eines „deutsch-griechischen Anzeleichtsames“ zur Durchführung des unmittelbaren Warenaustausches; u. a. m.

und Möglichkeiten. Bietet sich ihm doch hier vielleicht die letzte große Chance, wieder die alte Geltung im Handelsverkehr der Welt zu erringen.

b) Die Gesundung des heimischen Wirtschaftsvermögens

Es ist im Rahmen dieser Zeitschrift schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Gesundung des heimischen Wirtschaftsvermögens sowohl von der Sanierung der erkrankten Unternehmen als auch von der Schaffung neuer, sich wieder mehr unmittelbar in Erzeugung und Verbrauch ausgleichender Erwerbstätten abhängt. Beide Maßnahmen aber sind in allererster Linie Probleme der Kapital- und Geldwirtschaft.

Zwei Wege kommen für die Lösung der kapital- und geldwirtschaftlichen Aufgabe in Frage:

α) die Aufnahme neuer Auslandskredite,

β) die interne Geldschöpfung durch bewußte Kreditausweitung im Rahmen der heimischen Währung.

Hierbei sei nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Kredit in jedem Falle vorweggenommene Kapitalbildung bedeutet, weil er letzten Endes stets nicht nur verzinst, sondern auch getilgt werden muß. Jede Kreditbeanspruchung und insbesondere jede Kreditausweitung muß daher unter allen Umständen von der Möglichkeit einer ausreichenden Kapitalersatz- und Kapitalneubildung, und zwar einer Neubildung von Eigenkapital begleitet sein. Geschieht dies nicht, so ist bereits mit der Kreditaufnahme der Keim zur Selbstverzehrung und Selbstzerstörung gelegt.

Der Auslandskredit beansprucht in diesem Zusammenhang doppelt die heimische Zahlungsbilanz und damit auch potenziert die heimische Währung (Goldbasis und Zahlungsmittelumlauf) einmal bei der Aufnahme (steigernd), das andere Mal bei der Tilgung und Verzinsung (schmälernd). Er sollte daher, wenn irgend möglich, nur für die Durchführung von Auslandsgeschäften im Ex- und Import (als Rembours- und Akzeptkredit unter rücksichtsloser Ausmerzungen jedes Finanzwechsels) und nicht, wie in der Vergangenheit für den Aufbau und Austausch der heimischen Wirtschaft in Anspruch genommen werden. Wird das letztere aus irgendwelchen Gründen, sei es zur Verlängerung bereits aufgenommenen Investitionskredite, sei es zur Wiedereingangssetzung der heimischen Wirtschaft, erforderlich, so sollte in jedem Falle der Kredit in Gold oder, wie von Geheimrat Schmitz bereits 1929 in ähnlichem Sinne vorgeschlagen, in Goldanweisungen der BIZ in Basel bei der Reichsbank (ohne den Umweg über den Markt) zu deponieren sein und von dieser an den deutschen Kreditnehmer in der heimischen Währung, also in Reichsmark, weitergegeben werden. Auf diese Weise wäre nicht nur ohne wesentliche Beanspruchung der heimischen Währung die Aufnahme und Tilgung bzw. Verzinsung der Investitionskredite gesichert, sondern zugleich die Möglichkeit gegeben, den so privatwirtschaftlich aufgenommenen Auslandskredit im Sinne einer gegebenenfalls verstärkten Gewährung von Reichsmarkkrediten (infolge der nur teilweisen Notendeckung in Gold usw.) unter Bürgschaft und Aufsicht der Reichsbank zu verwerten. Da alle derartigen Investitionskredite, ganz gleich welcher Art, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus stets langfristig sein sollten, wengleich sie es heute bekanntlich nur zu häufig nicht sind, würde es dadurch

der Reichsbank ermöglicht, gerade die Gebahrung dieser so wichtigen Kreditart im Sinne einer Gesundung und Erstarbung der heimischen Wirtschaft zu beeinflussen. Hierbei sollten ganz besonders für die Aufnahme von Auslandskrediten infolge ihrer gleichzeitigen Auswirkung auf die heimische Währung und den heimischen Zahlungsverkehr die Richtlinien und Gesichtspunkte Beachtung finden, welche im Nachfolgenden für die Inanspruchnahme von Inlandkrediten, ganz gleich welcher Art, aufgeführt werden.

Ein jeder Inlandkredit, soweit er nicht nur eine privatwirtschaftliche Kapitalverlagerung und damit ein Problem volkswirtschaftlicher Kapitalverteilung bedeutet, läuft letzten Endes auf „Geldschöpfung“ durch Mobilisierung von irgendwelchen Rechtstiteln (Diskontierung von Wechseln, Lombardierung von Wertpapieren) hinaus. An sich ist hierbei, vom reinen Inlandstandpunkt betrachtet, eine jede Geldschöpfung (s. o.) dann wirtschaftlich berechtigt, wenn sie unmittelbar (Diskontierung von Warenwechseln) oder mittelbar (Lombardierung von Hypothekendarlehen oder dergl.) der Erhaltung und Entwicklung eines gesunden und in Erzeugung, Verteilung und Verbrauch harmonisch abgestimmten Güterverkehrs dient. Daß dies heute in nicht unerheblichem Ausmaß nicht mehr der Fall ist, muß zwar als Folge der Krise, aber auch als Ausdruck der Krisenbekämpfung gewertet werden. An sich würde somit einer Vermehrung der umlaufenden Zahlungsmittel auf dem Wege der Kreditausweitung und Geldschöpfung dann nichts im Wege stehen, wenn es einerseits gelänge, den Ausgleich der nationalen Zahlungsbilanz gegenüber dem Ausland zu sichern, andererseits aber gerade diese gesunde und harmonische Abstimmung zwischen Erzeugung, Verteilung und Verbrauch im heimischen Güterprozeß zu erzielen.

Bindet man nun den heimischen Zahlungsmittelumlauf und damit den zu vergebenden Inlandkredit in irgendeiner Weise an das jeweils der Reichsbank zur Verfügung stehende Gold, so nimmt mit Notwendigkeit ein jeder zur Aufrechterhaltung überspitzter, oder gar ungesunder Verhältnisse verwandte Kredit der führenden Bank die Möglichkeit, auf der andern Seite gesunde Unternehmen neu mit Kredit zu versorgen. Ein Durchhalten derart erkrankter Unternehmen von der Geld- und Kreditseite her ist also auf die Dauer nicht zu vertreten.

Bindet man aber die Geld- und Kreditpolitik nicht an das Gold — und ein Ausweichen in dieser Richtung ist in den Reichsbankausweisen des letzten Jahres ja zweifelsohne bereits bis zu einem gewissen Grad zu erkennen — so wird es zur Voraussetzung einer jeden gesunden Geld- und Kreditpolitik, ob und inwieweit es gelingt, für die zweckmäßige und rationelle Vergebung des Wirtschaftskredits eine einwandfreie Beurteilungsgrundlage im Sinne eines gesunden Aufbaues und eines harmonisch abgestimmten Ausgleichs in Erzeugung, Verteilung und Verbrauch zu finden. Und zwar für die Beurteilung eines jeden einzelnen Falls im Rahmen des Gesamtzusammenhanges des Ganzen. Hier aber bietet die Analyse der in dieser Zeitschrift schon mehrfach erwähnten Anspannungsziffer ein wichtiges Hilfsmittel, um den Einzelfall im Gesamtzusammenhange zu werten.

Gerade aber das Bild, wie sich heute diese Anspannungsziffer im Querschnitt der deutschen Wirtschaft darstellt⁷⁾,

7) „Wirtschaftskultur oder Raubban!“ Techn. u. Wirtsch. Heft 4 (April) 1932.

sollte der Reichsbank zu einer Richtschnur für ihre Kreditvergebung, der Reichsregierung aber zu einem klar umrissenen Ziel für ihre Wirtschaftspolitik zu werden vermögen. Hierbei werden beide bestrebt sein müssen, ziel- und verantwortungsbewußt vor allen Dingen von dem Ertrage der Arbeit und dem Erfolg des Erwerbes aus die Neubildung von selbständigem Eigenkapital auf breitester Grundlage und in weitesten Kreisen des gesamten Volkes zu ermöglichen, dabei gleichzeitig aber, ebenso ziel- und verantwortungsbewußt, nach und nach

sowie individuell angepaßt den zunächst zweifelsohne noch übersteigerten Kreditanspruch zu beseitigen. Nur so wird es möglich sein, aus der Krisenverstrickung von heute zu einem krisenfesteren Aufbau der Wirtschaft zu kommen, sowie im Rahmen einer gesunden Kreditbegrenzung für den Einzelnen wie für die Gesamtheit die, wenn auch beschränkte Freiheit des Handelns zu wahren, ohne durch Überspitzung des Freihandelsgedankens mit der Währung auch die Grundlagen der gesamten Wirtschaft zu gefährden. [1397]

Die Abhängigkeit Deutschlands vom Weltmarkt

Von Dr. F. HAERECHE, Berlin

Mit der Verschärfung der Weltwirtschaftskrise, der Zunahme der Arbeitslosigkeit, der Schrumpfung des Außenhandels und der Erstarrung der Handelsbeziehungen der Länder untereinander mehren sich auf der einen Seite die Stimmen für den Übergang zur Autarkie, andererseits aber auch die Zweifel, ob dieser Weg der Einkapselung und Zurückziehung auf die Binnenwirtschaft richtig ist. Die folgenden Ausführungen sind vornehmlich von der Tendenz getragen, einmal rein zahlenmäßig die wichtigsten Bindungen zusammenzustellen, die zwischen Deutschland und den wichtigsten am internationalen Güteraustausch beteiligten Ländern bestehen.

Die Zeit vor dem Weltkriege war die Zeit der Blüte des kapitalistischen Wirtschaftsystems. Sie war gekennzeichnet durch einen in wenigen Jahren erfolgten Aufschwung von Handel und Industrie, insbesondere des Außenhandels. In allen Ländern war eine Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen. Die Handelsbeziehungen der Völker untereinander verdichteten sich, und es ging ein befruchtender Kapitalaustausch vor sich. Unbehindert war auch die Freizügigkeit der Menschen. Die Produktion stieg überall gewaltig an. In Deutschland z. B. stieg die Steinkohlerzeugung von 109,3 Mill. t im Jahre 1900 auf 190,1 Mill. t im Jahre 1913. Die Braunkohlenproduktion wurde im gleichen Zeitabschnitt mehr als verdoppelt (40,5 Mill. t und 87,2 Mill. t). Die Einfuhr hob sich von 5766 Mill. M im Jahre 1900 auf 10 770 Mill. M im Jahre 1913 und die Ausfuhr von 4611 Mill. M auf 10 097 Mill. M. Der Außenhandelsumsatz stieg von 184,4 M/Kopf auf 310,4 M von 1900 bis 1913. Die Bevölkerung nahm zu, z. B. in Deutschland von 56,4 Mill. im Jahre 1900 auf 64,9 Mill. im Jahre 1910. Der Raumgehalt der deutschen Handelsflotte wuchs von 2,9 Mill. BRT im Jahre 1901 auf 4,9 Mill. BRT im Jahre 1913. Die Zahlen lassen sich beliebig vermehren, auch für andere Länder.

Dieser Zustand wurde durch den Krieg unterbrochen. Nach seiner Beendigung waren die Fäden vielfach zerrissen. Die Eigenversorgung hatte in den vordem noch nicht industrialisierten Ländern große Fortschritte gemacht. Allmählich entwickelte sich wieder ein intensiverer, wenn auch zum Teil anders gearteter Warenaustausch als in der Zeit vor dem Kriege. Nach vorübergehendem Aufschwung im Jahre 1929 erfolgte eine neue und verhältnismäßig schnelle Wiederabwärtsbewegung, jene Weltwirtschaftskrise, die gegenwärtig zu einer Entwicklung geführt hat, die mit größter Sorge betrachtet werden muß, deren Ausgang und Wirkungen aber noch nicht abzusehen sind. Die verschiedenen bekannten Hilfsmittel, die zu ihrer Be-

hebung empfohlen worden sind, sind praktisch noch nicht zur Durchführung gelangt. Man hat sich über ihre Anwendung international noch nicht einmal recht geeinigt. Indessen schreitet die Auflösung der Weltwirtschaft, die Entflechtung der wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen der Länder untereinander fort. Am meisten und unmittelbar davon betroffen wird die Ein- und Ausfuhr. Mit den verschiedensten Mitteln wird versucht, den Außenhandel aufrecht zu erhalten, von den Außenständen zu retten, was zu retten ist, und die eingefrorenen Forderungen in irgend einer Weise verfügbar zu machen. Man hat in einigen Ländern Devisen-clearingstellen eingerichtet (Frankreich, Ungarn, Schweiz, Österreich, Deutschland), um die gegenseitige Abrechnung aus dem früheren oder aus einem neueren Warenverkehr zu ermöglichen. Man hat auch vereinzelt Kompensationsgeschäfte (z. B. brasilianischen Kaffee gegen deutsche Kohle; ferner der neue Bremer Plan) gemacht. Neuerdings wird dieses System des reinen Warenaustauschs (Warenclearing, troc, barter) auch von England propagiert, wo sich die Gesamtvereinigung der britischen Handelskammern damit befaßt, und wofür sich insbesondere die Handelskammer Manchester ausgesprochen hat. England will auf diese Weise die großen Pfundbeträge, die englischen Exporteuren geschuldet werden, durch entsprechende Verrechnung auf Einfuhren sichern.

Ob es sich hier um vereinzelte Notauswege oder um Übergangsmaßnahmen handelt, die von selbst wieder fortfallen, wenn eine allgemeine Belebung des internationalen Warenverkehrs eintritt, und ob diese bald erfolgen wird, oder ob es sich vielmehr um eine weitere mehr zwangsläufige Entwicklung handelt, die noch zu immer primitiveren Formen und zu weiterer Einengung, ja zu völligen Moratorien führt, zu denen einzelne Länder bereits gegriffen haben, läßt sich heute noch nicht absehen. Auf alle Fälle wird man aber wünschen müssen, daß die Entwicklung in dieser Richtung nicht weitergeht, denn sie führt zu einer Verarmung der Welt ohnegleichen und zu einer Erschütterung des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems überhaupt. Welches die verschiedenen Ursachen dieser verhängnisvollen Entwicklung sind, ist häufig genug untersucht worden, so daß an dieser Stelle hierauf nicht näher eingegangen zu werden braucht. Das Ziel, das nach allgemeiner Übereinstimmung wieder erreicht werden muß, ist ein liberaler Warenverkehr, wie er in der Zeit vor dem Kriege die Länder der Welt zur Blüte gebracht hat.

Gegenüber der verhängnisvollen Entwicklung in den letzten Jahren ist es angezeigt, festzustellen, ob und wie weit Deutschland vom Weltmarkt abhängig ist, da vielfach seine Lösung vom Weltmarkt als weitgehend möglich oder

erwünscht bezeichnet und demgemäß nahezu Autarkie oder doch eine autarkieähnliche Handhabung seiner Wirtschafts- und Außenhandelspolitik gefordert wird. Die Abhängigkeit Deutschlands vom Weltmarkt braucht nicht erst bewiesen zu werden. Sie ist bekannt und zwangsläufig; dies gilt sowohl für die Einfuhr als auch für die Ausfuhr, aber auch in mancher andern Beziehung.

Die Einfuhr

Untersucht man zunächst die Einfuhr, so zeigt sich folgende statistische Entwicklung:

1926	10 002	Mill. RM
1927	14 228	„ „
1928	14 051	„ „
1929	13 446	„ „
1930	10 393	„ „
1931	6 727	„ „

Wie sich hieraus ergibt, ist die Einfuhr, besonders im letzten Jahr, ganz erheblich abgesunken, und zwar erklärt sich die Verminderung aus dem allgemeinen Rückgang der Weltmarktpreise, mehr aber noch aus Gründen einer forcierten und notwendigen Aktivierung der Handelsbilanz; nicht daß Deutschland ausländische Erzeugnisse nicht einführen will, sondern weil es sie nicht mehr in früherem Ausmaß einführen kann. Die Verringerung der Einfuhr erfolgt zwangsläufig unter dem Druck der Zahlungsverpflichtungen, die Deutschland nur im Wege des Ausfuhrüberschusses erfüllen kann, und unter dem selbstverständlichen Gesichtspunkt des Schutzes der Währung.

Im Vordergrund: Rohstoffe

In der deutschen Einfuhr stehen an erster Stelle Rohstoffe und Halbwaren, an zweiter Stelle Lebensmittel und Getränke. Die Einfuhr betrug für Rohstoffe und Halb-

1928	7244	Mill. RM
1929	7205	„ „
1930	5508	„ „
1931	3478	„ „

Für Lebensmittel und Getränke belief sie sich in den gleichen Jahren auf

1928	4203	Mill. RM
1929	3817	„ „
1930	2969	„ „
1931	1970	„ „

Die Einfuhr an industriellen Fertigwaren ist demgegenüber wesentlich geringer.

Die Haupteinfuhrposten bei Rohstoffen und Halbwaren entfallen auf Textilrohstoffe, Ölfrüchte und Ölsaaten, unedle Metalle, Erze, Harze, Kautschuk, pflanzliche Öle und Fette, Gerste, Mais, Kleie, Hafer u. ä. Die Einfuhr von Rohstoffen, Halbwaren, Lebensmitteln und Getränken ist allmählich, aber immer stärker, abgesunken, weil einerseits die Eigenversorgung bei gewissen Erzeugnissen zugenommen hat (künstlicher Stickstoff, Aluminium, Kunstseide, Benzin, Weizen), und andererseits weil der Verbrauch zurückgegangen ist, hauptsächlich infolge Schrumpfung der Kaufkraft.

Der Bedarf der Eisen- und Metallhütten konnte vor dem Kriege weitgehend aus der eigenen deutschen Erzeugung gedeckt werden. Durch Gebietsabtretungen ist dies anders geworden. Gegenwärtig beträgt der Anteil der ausländischen Erze über die Hälfte bis nahezu $\frac{3}{4}$ des deutschen Eisenerzverbrauchs. Die Hauptlieferer sind Schweden, Spanien, Frankreich, Algerien und Neufundland. Auch

Zinn, Kupfer und Blei müssen in großem Umfange aus dem Ausland eingeführt werden.

Die Textilindustrie verwendet nahezu ausschließlich ausländische Rohstoffe. Ohne Wolle und Baumwolle, die ausschließlich aus dem Ausland eingeführt werden müssen, ist die deutsche Textilindustrie nicht denkbar. Auch Garn muß in erheblichen Mengen zwecks Weiterverarbeitung eingeführt werden. Diese Abhängigkeit der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie von der Einfuhr fremder Rohstoffe wird allerdings durch die bedeutende Wiederausfuhr von fertigen Geweben, Kleidung und sonstigen Textilwaren gemildert. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei Kautschuk, Tabak, Metallen, chemischen Rohstoffen, Ölfrüchten und Ölsaaten, Häuten, Fellen, Erzen, da deren Einfuhr in bedeutendem Umfange eben dadurch bedingt ist, daß Deutschland ein Veredlungs- und Ausfuhrland ist, das die eingeführten Rohstoffe und Halbfabrikate nach Bearbeitung wieder ausführt.

Nach einer Berechnung des Instituts für Konjunkturforschung wird der Rohertrag der landwirtschaftlichen Produktion Deutschlands in den letzten Jahren auf etwa 12 bis 13 Mrd. RM geschätzt. Dennoch reichen diese gewaltigen Erträge nicht aus, um den Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen in Deutschland zu decken. Bedeutende Mengen müssen noch zusätzlich aus dem Ausland eingeführt werden, vor allem Waren, die in Deutschland überhaupt nicht erzeugt werden, wie Kolonialwaren (Kaffee, Tee, Kakao, Reis, Gewürze) und Südfrüchte; aber auch Milchprodukte (Butter, Käse) und Fleisch müssen in erheblichem Umfange aus dem Auslande bezogen werden, ferner Schmalz, Öle, Eier, Fische u. a.

Die Ausfuhr

In der Ausfuhr spielen die Hauptrolle die industriellen Fertigwaren. Sie stellen den weitaus größten Teil der Gesamtausfuhr dar. Diese betrug

1926	10 414	Mill. RM
1927	10 801	„ „
1928	12 029	„ „
1929	13 483	„ „
1930	12 036	„ „
1931	9 599	„ „

Die deutsche Ausfuhr weist eine außerordentliche Streuung auf und ist nicht etwa nur auf eine geringe Anzahl von Empfangsländern beschränkt. Rund 25 Absatzländer nehmen jährlich je für über 100 Mill. RM deutscher Ausfuhr Güter auf. Von der deutschen Ausfuhr gehen etwa 75 % nach europäischen Ländern und 15 % nach Amerika. Unter den Absatzländern Deutschlands stehen Großbritannien und Holland an erster Stelle. Ein nicht unerheblicher Teil der nach diesen Ländern ausgeführten Waren wird nach überseeischen Ländern weiterversandt. Diese Länder sind aber gleichzeitig auch in starkem Maße unsere Lieferer. Weitaus an der Spitze stehen die Vereinigten Staaten, die wie Großbritannien und die Niederlande unsere größten Kunden und unsere größten Versorger sind.

Im Vordergrund: Fertigwaren

Der weitaus größte Teil der Ausfuhr entfällt auf Fertigwaren. Sie betrug

1928	8702	Mill. RM
1929	9833	„ „
1930	9038	„ „
1931	7380	„ „

An erster Stelle stehen hier die Erzeugnisse der Eisen erzeugenden und Eisen verarbeitenden Industrie. Die deutsche Eisenindustrie, die, wie früher angegeben, zwar ihre Rohstoffe zu einem erheblichen Teil aus dem Ausland beziehen muß, findet Absatz für ihre Produktion in hohem Maße auf ausländischen Märkten. Hauptabnehmer sind die Niederlande, England, Argentinien und Britisch-Indien. Vor dem Kriege gingen mehr als 25 % der Produktion an Halbzeug, Röhren, Stabzeug und Blechen ins Ausland. Nach dem Kriege hat sich dieses Verhältnis verschlechtert. Die Ausfuhr an Waren aus Eisen insgesamt (Röhren, Stab- und Formeisen, Blech und Draht, Werkzeuge, sonstige Eisenwaren) betrug

1928	1630 Mill. RM
1929	1946 „ „
1930	1735 „ „
1931	1419 „ „

Der nächstwichtige Posten entfällt auf Textilwaren. Hier betrug die Ausfuhr im Jahre

1928	1609 Mill. RM
1929	1699 „ „
1930	1476 „ „
1931	1219 „ „

Andere wichtige Ausfuhrposten sind schwefelsaures Kali, Chlorkalium und sonstige chemische und pharmazeutische Erzeugnisse mit

1928	561 Mill. RM
1929	619 „ „
1930	554 „ „
1931	479 „ „

ferner elektrotechnische Erzeugnisse. Hier betrug der Wert in den Jahren 1928/31: 398, 482, 466 und 400 Mill. RM. Bei Papier und Papierwaren betrug die Ausfuhr 366, 418, 370 und 325 Mill. RM. Farben, Firnisse und Lacke wurden ausgeführt für 347, 338, 313 und 276 Mill. RM. Weiterhin sind erwähnenswert Pelze und Pelzwaren, ein typisches Veredlungsprodukt, mit 305, 299, 233 und 174 Mill. RM. Genannt sei auch die Ausfuhr von Kinderspielzeug mit 123, 121, 106 und 82 Mill. RM. Von großer Bedeutung ist auch die Ausfuhr von Waren aus Kupfer, Maschinen, Musikinstrumenten, Erzeugnissen der Feinmechanik u. ä.

Auch an Rohstoffen und halbfertigen Waren ist die deutsche Ausfuhr bedeutend und auf den Weltmarkt angewiesen. Sie betrug insgesamt

1928	2704 Mill. RM
1929	2926 „ „
1930	2450 „ „
1931	1813 „ „

Die wichtigsten Posten entfallen hier auf Kohle und Koks, Kalisalze und schwefelsaures Ammoniak, aber auch Roh-eisen, Halbzeug, chemische Rohstoffe, Holzschliff und Zellstoff spielen eine wichtige Rolle.

Die Steinkohlenausfuhr betrug

1928	472 Mill. RM
1929	531 „ „
1930	504 „ „
1931	410 „ „

Die Koksausfuhr bezifferte sich in den gleichen Jahren auf 224, 270, 201 und 142 Mill. RM. Bei schwefelsaurem Ammoniak lauten die Ziffern 162, 134, 87 und 74 Mill. RM. Bei Holzschliff und Zellstoff betragen sie 65, 73, 76 und 60 Mill. RM.

Zusammenfassung

Diese kurze Übersicht, die keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann, zeigt die überaus enge Verflechtung Deutschlands mit den übrigen Ländern in Ein- und Ausfuhr. Im Durchschnitt und im „Normal“jahr wird etwa 20 % der deutschen Gesamtproduktion nach dem Auslande ausgeführt¹⁾.

Eine starke deutsche Ausfuhr ist für Deutschland eine Lebensnotwendigkeit, nicht nur um die Einfuhren zu bezahlen, die unumgänglich sind, sondern auch, wie weiter oben dargelegt, um im Wege einer möglichst aktiven Handelsbilanz die Zahlungsverbindlichkeiten erfüllen zu können, die Deutschland gegenüber dem Auslande — auch ohne Reparationsleistungen — hat. Der Ausweitung dieser Ausfuhr stehen aber Hindernisse entgegen, denn in allen Staaten wird in zunehmendem Maße Ausfuhrförderung getrieben und die Einfuhr, besonders in letzter Zeit, beschränkt. Dies ist bekanntlich nicht nur dadurch geschehen, daß vertragmäßige oder selbst autonome Kontingente festgesetzt werden, sondern daß einige Länder selbst dazu gegriffen haben, bestehende Handelsverträge zu kündigen. Der administrative Protektionismus, in seinen verschiedenen Erscheinungsformen, ist durch einen starken, reinen und verschärften Protektionismus ersetzt worden. Es soll hier an dieser Stelle nicht untersucht werden, ob und wie weit deutsche Einfuhren erspart werden können, oder welche Maßnahmen zum Zweck der Stärkung der heimischen Gütererzeugung und damit zum Ersatz gewisser Einfuhren zweckmäßig oder erforderlich sind²⁾. Die Darlegungen sollen sich vielmehr auf die Feststellung beschränken, daß Deutschland in weitem Ausmaß mit dem Weltmarkt verflochten und damit von ihm abhängig ist. Diese Abhängigkeit besteht und kann nur in gewissen Grenzen und unter ganz bestimmten Voraussetzungen auf dem einen oder andern Gebiet gemindert werden. Diese Abhängigkeit ist nicht etwas schlechthin Nachteiliges, denn sie beruht auf einer Verflechtung der Interessen. Der Lieferer, aus dessen Land Deutschland Waren bezieht, hat ein Interesse an einem kaufkräftigen Deutschland, auf das er als einen zuverlässigen und großen Kunden dauernd rechnen kann. Die Größe der Einfuhr wird allerdings nach der Entwicklung der letzten Zeit davon abhängen, ob und in welchem Maße Deutschland seine Ausfuhr aufrecht erhalten kann; denn sie allein schafft die Möglichkeiten zur Bezahlung der Einfuhr und zur Erfüllung der sonstigen Zahlungsverbindlichkeiten. Normale Verhältnisse, die den Außenhandelsinteressen aller beteiligten Völker Rechnung tragen, werden sich allerdings erst dann wieder einstellen, wenn die außerwirtschaftlichen Störungsursachen beseitigt werden. Hierüber scheint die Erkenntnis allmählich reif geworden zu sein. [1386]

1) Für 1925 wird sie für die industrielle Reinproduktion auf 25 %, für die landwirtschaftliche Reinproduktion auf 4 % beziffert: *Karl Lange*, Agrarwirtschaft, Industriewirtschaft, Warenmärkte. Weltwirtschaftliches Archiv Heft 1, 1929.

2) Vgl. hierzu Schriften des Deutschen Industrie- und Handelstags: „Zur Frage der Einfuhrersparnis“ von Dr. *Ernst Hickmann*, mit einem Geleitwort von Reichsminister a. D. Dr. *Hamm*. Carl Heymanns Verlag, Berlin 1932.

Britische Schutzzoll- und Industriepolitik

Eine Betrachtung
zur letzten britischen Industriemesse

Von Dipl.-Ing. Dr. ALOIS ROBERT BÖHM, Dessau

„Was nützte es, daß es alle Fabrikate, die der Mensch brauchen kann, billiger als alle Länder herstellen konnte? Sie lagen da unverkäuflich; der Friede hatte den großen Aufträgen während der Kriegszeit ein Ende gemacht. Trotz aller Verbesserungen des Binnenverkehrs und der Seeschifffahrt konnte das Ausland Englands billige Fabrikate nicht kaufen. Es war in den zwanzig vorausgegangenen Kriegsjahren verarmt, hatte nichts, was es als Gegenwert geben konnte, als Getreide, und diesem waren infolge der Korngesetze von 1815 die britischen Häfen verschlossen; im Inland aber war die Masse für die Produkte, die sie selbst hergestellt hatte, nicht zahlungsfähig, da trotz deren Billigkeit ihre Löhne nicht dazu ausreichten, und hunderttausende Arbeitslose überhaupt keine Löhne erhielten und von entwürdigendster Armenunterstützung lebten. Die britischen Firmen brachen zu Hunderten zusammen, und die Zahl der Arbeitslosen, welche die Auflösung der Armee mit sich gebracht hatte, wurde dadurch noch vermehrt.“

(Aus L. Brentano: Eine Geschichte der Wirtschaftsentwicklung Englands.)

Würde man in diesen Sätzen, die dem letzten großen Werke Brentanos entnommen sind, die Jahreszahl und das Wort „Kornzölle“ weglassen, so hätte diese, für die Zeit vor hundert Jahren geltende Schilderung, im großen und ganzen auch für die Gegenwart Geltung. Noch sind keine hundert Jahre verflossen, seit England durch radikale Abkehr von schutzzöllnerischen Maßnahmen den Weg zu wirtschaftlicher Gesundung und zu ungeahntem Aufstieg des britischen Mutterlandes gefunden hat, und schon sind alle Lehren aus dieser Zeit wieder vergessen, und das kleine Häufchen überzeugter Freihändler muß sich mit einem Veto begnügen, über das zur Tagesordnung übergegangen wird, wenn es sich darum handelt, die britischen Zollmauern höher zu türmen.

Als vor acht Jahren auf der britischen Imperiumsausstellung in Wembley die „North Western Free-Trade Union“ in überzeugenden Darstellungen die allgemeinen weltwirtschaftlichen Vorteile eines Freihandelsystems in unserer durch die Entwicklung der Verkehrstechnik so klein gewordenen Welt hervorhob und an treffenden Beispielen dartun konnte, welche belebenden Auswirkungen der Freihandel auf die britische Wirtschaftsentwicklung hatte, da hätte kaum jemand glauben können, daß noch nicht drei Jahre später durch die Einführung der *Mac Kenna*-Zölle die britische Wirtschaft mit der großen Tradition brechend, dem Geiste *Cobdens* und *Robert Peels* untreu werdend, den ersten großen Schritt zu einer Zollpolitik tun würde, den man als die erste Etappe eines ausgesprochenen Schutzzoll-Systems bewerten mußte. Bedeuteten diese *Mac Kenna*-Zölle einen Anfang, der in gewissen Kreisen den Wunsch nach immer weiteren und höheren Zöllen nur noch steigerte, so konnte in der gegenwärtigen Periode mit der Forderung nach Autarkie der Ring geschlossen und die Zollmauer vollendet werden, hinter der dann die Grundlagen für ein autarkes britisches Weltreich entstehen sollen.

Die britische Industriewerbung

Und so ist es auch ganz natürlich, daß sich Großbritannien nicht nur auf eine passive Wirtschaftspolitik beschränkt, indem es neue Zölle einführt und alte erhöht, sondern zu sehr aktiven Maßnahmen übergeht, die in ihrer weltwirtschaftlichen Auswirkung eines Tages vielleicht noch ernstere Folgen zeitigen werden als diese neuen Zollgesetze. Mit der Abwertung des Pfundes begann es, und mit einer Industriewerbung, wie sie in der Geschichte des Kapitalismus bisher noch nicht vorgekommen ist, wurde sie fortgesetzt. In den Tages- und Fachzeitungen Deutschlands, Frankreichs, der Schweiz, Österreichs und der Tschechoslowakei boten englische Städte, Verkehrs- und Hafengesellschaften Industriegelände und leerstehende Fabriken an, und neben den steuerlichen Vergünstigungen, die neuen Industrien in Aussicht gestellt wurden, konnte in diesen Anzeigen auf die niedrigen Kohlen-, Gas- und Strompreise hingewiesen werden, die durch die Pfundentwertung weit unter das europäische Durchschnittsniveau gesenkt worden waren. Dank dieser Währungsmaßnahme hatten auch die englischen Löhne vorübergehend einen Stand, der an die niedrigsten kontinentalen Sätze heranreichte. Wenn inzwischen durch die Kurssteigerung des Pfundes das Verhältnis dieser Gestehungskostenfaktoren zu denen der übrigen europäischen Länder für diese auch wieder etwas günstiger geworden ist, so sind neben dem Zollschutz doch diese Elemente ein starker Anreiz zur Übersiedlung oder zur Neugründung von Industrien im britischem Zollbereich.

Im Vormonat konnte der Präsident des britischen Handelsamtes in Erwiderung auf eine Anfrage erklären, daß in den letzten Monaten mehr als vierzig ausländische Industrie Gründungen in Großbritannien zu verzeichnen waren, die in der Hauptsache hochwertige Textilien, Wirkwaren, Kleider, Radiogerät, Glas, elektrische Kleinapparate und Toiletteartikel erzeugen werden. Dieser Zuwachs an Industrieunternehmen ist in einer Zeit, in der die Industrien der ganzen Welt bei weitem nicht zur Hälfte ihrer Kapazität ausgenutzt sind, abnormal und ungesund. Er ist lediglich auf die intensive Propaganda zurückzuführen, die besonders auf der letzten britischen Industriemesse für die Zuwanderung von Industrien getrieben wurde.

Die Arbeit, deren sie bedürfen, können wir ausführen

Die Kunst von Generationen
ist in unseren Fingern
von der Geburt.



Bringen sie ihre Fabrik nach dem geschäftigen Bolton
Dem besten Geschäfts-Centrum Gross Britanniens

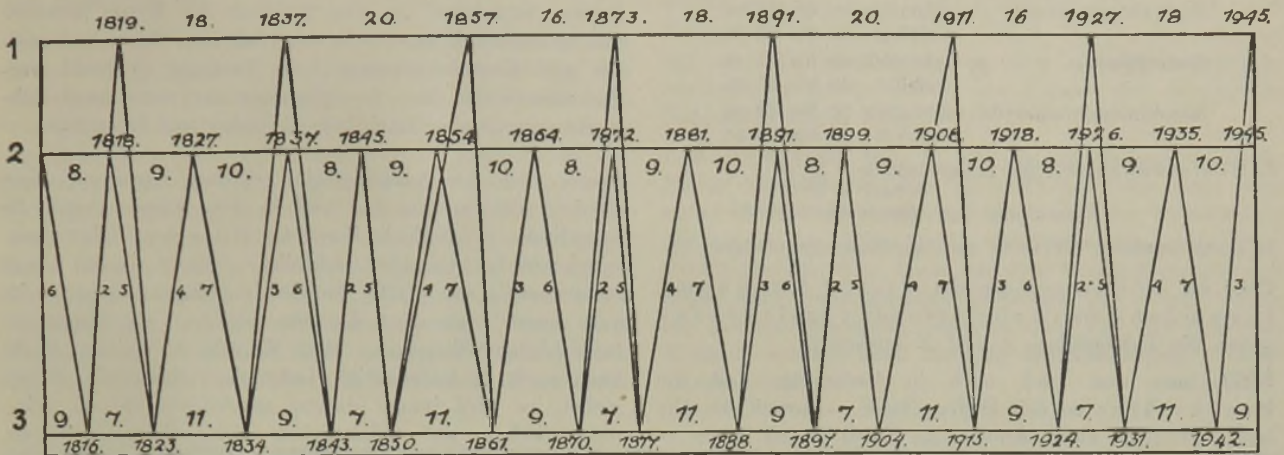
Abb. 1. Beispiel der englischen Industriewerbung:
Vorderseite eines deutschen Prospektblattes der Stadt Bolton

HOW, WHEN AND WHERE TO MAKE MONEY!!!

How - By the intelligent use of Labour.

When - NOW.

Where - At **BILSTON** where suitable Land and Labour are available.



- (1) Years when Panics have and will occur again. Their regular Cycles are 16, 18, and 20 years, and repeat 16, 18, and 20.
- (2) Years of Good Times, High Prices, and the time to sell Stocks and Values of all kinds. Their Cycles are 8, 9, and 10 years and repeat 8, 9, and 10.
- (3) Years of Hard Times, Low Prices, and a good time to buy Houses and Stocks, Goods, etc., and to hold until the Boom reaches the years of Good Times, then unload. Their Cycles are 9, 7, and 11 years, and repeat 9, 7, and 11.

RT 21

This Chart is known to have been in existence for sixty years, and probably dates further back than that.

Abb. 2. Beispiel der englischen Industrierwerbung:

Innenseite eines englischen Prospektblattes der Stadt Bilston (Darstellung der Konjunkturphasen des letzten Jahrhunderts)

Besonders die Städte Bilston, Birmingham, Bolton, Bristol, Bromwich, Oldham, Rotherham und Walsall hatten auf ihren Werbeständen auf der technischen Messe in Bromwich Castel alles Material zusammengetragen, das für die Beurteilung eines Industrie Gründungsplanes von Bedeutung sein kann (Vergl. auch Abb. 1 und 2). Die hier gezeigten und genannten Daten dürfen durchaus nicht als Propagandawerte beurteilt werden, die dann in Wirklichkeit viel höher liegen, denn sowohl Städte als auch Gas- und Stromlieferungsgesellschaften wären gerne bereit gewesen, sofort an Ort und Stelle möglichst große Verträge zu den von ihnen genannten Sätzen abzuschließen. Es gestatten daher diese Angaben auch einen sehr interessanten Einblick in die englischen Gesteuerungskosten, und da sie im allgemeinen an den einzelnen Plätzen nur unbedeutend voneinander abweichen, so seien nachstehend die Durchschnittswerte unter fallweisem Hinweis auf besondere Differenzen gegeben. Mit Rücksicht darauf, daß die englische Währung noch immer Schwankungen unterworfen ist, erscheint es auch richtiger, diese Angaben in englischer Währung zu machen.

Die Grundpreise für geeignetes Fabrikgelände mit Bahn und Hafenan schlüssen schwanken je nach Ort und Lage zwischen 100 und 500 £ per acre.

An Grundsteuern wird bei Fabrikgeländen nur 25% des Schätzungswertes für die Steuerbemessung herangezogen und von diesem Betrag im Durchschnitt 12/6 je Pfund Bemessungsbasis erhoben.

Strompreise für Kraftstrom bei regelmäßiger werktäglicher Stromabnahme 1,2 bis 1,5 d/kWh mit einem Mengenrabatt bis zu 35% bei einem Stromverbrauch von 500 000 Einheiten. Bei einem Stromverbrauch von über 750 000 Einheiten beträgt der Strompreis nur mehr 0.66 d mit einer Ermäßigung bis zu 10% bei einem Verbrauch von mehr als 15 Mill. Einheiten.

Für Gas sind die Tarife nicht so einheitlich. Den billigsten Gaspreis hat Rotherham, das für ungereinigtes Gas von 500 Keal/ft³ 7,5 d für 1000 ft³ rechnet und für gereinigtes Gas vom gleichen Heizwert 10 d. Die Gaspreise in andern Städten liegen im Durchschnitt um etwa 15% höher.

Für Dieselöle zahlt man im Durchschnitt bei Anlieferung im Kesselwagen gegen 85 sh/t und bei Barrellieferung gegen 140 sh.

Der Durchschnittspreis für Kohle liegt bei Waggonbezug bei 15 sh/t.

Zahlentafel 1. Löhne in England

1. Stundenlöhne:			
ungelernte Arbeiter		gelernte Arbeiter	
männlich	weiblich	männlich	weiblich
0/9 bis 1/2	0/5 bis 0/6	1/2 bis 2/2	0/6 bis 0/7
2. Wochenlöhne für besondere Facharbeiter:			
Kranwärter, Wagenführer 60 bis 100 sh			
Heizer, Grobschmiede,	} 59 sh	Dräger,	} 61 bis 63 sh
Bohrer, Spinner,		Modelltischler,	
Weber, Elektriker,		Schmiede,	
Kupferschmiede		Werkzeugmacher	
Vorarbeiter 70 bis 110 sh			
Werkstattschreiber:		männlich 50 bis 63 sh	
		weiblich 30 bis 40 sh	
Stenotypisten:		männlich 45 bis 55 sh	
		weiblich 40 bis 45 sh	
Maschinenschreibkräfte:		männlich 30 bis 40 sh	
		weiblich 28 bis 35 sh	
3. Überstunden: für die ersten beiden + 25 %			
weitere + 50 %			
an Sonn- und Feiertagen + 100 %			
4. keine bezahlten Urlaube für Stundenlohnempfänger			

Über die Löhne und die Sätze für Kranken-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherung geben die Zahlentafeln 1 und 2 Auskunft.

Stellt man nun auch noch in Rechnung, daß die Frachtsätze zu den Hafenplätzen — soweit die Erzeugungsstätten nicht ohnedies an einem Hafen liegen — infolge der kurzen Entfernungen zu den Seehäfen außerordentlich niedrig sind, was nicht nur für den Produktionsversand, sondern auch für den Rohstoffbezug sehr wesentlich ist, so versteht man, daß auch das die Werbewirksamkeit erhöht.

Aber so verlockend alle diese Umstände, zumal bei einem niedrigen Kursstand des englischen Pfundes, auch erscheinen mögen, letzten Endes führen sie weltwirtschaftlich gesehen doch nur zu Kapitalfehlleitungen und Fehlinvestitionen und zu einer Verhärtung der augenblicklichen Krise. Was heute England durch Loslösung vom Weltmarkt zu erreichen versucht, ist im Grunde genommen auch nichts anderes als die Wirtschaftspolitik, die die österreichischen Nachfolgestaaten unmittelbar nach dem Zerfall der Monarchie getrieben haben. Im Schutz einer überspitzten, traditionslosen, aus Angst und Erfahrunglosigkeit geborenen Zollpolitik hat man unbekümmert um volkswirtschaftliche Grundwahrheiten, vor denen man sich auch durch noch so hohe Zollmauern nicht schützen kann, Industrien gegründet, die heute nicht leben und nicht sterben können.

Zahlentafel 2. Arbeitslosen-¹⁾, Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge je Woche
(Die Beiträge sind zur Hälfte vom Arbeitslohn abziehbar)

Kategorie	männlich		weiblich	
	Arbeitgeber	Arbeitnehmer	Arbeitgeber	Arbeitnehmer
1. Jugendliche 16 bis 18 Jahre	5 d 9 „	5 d 9 „	4 1/2 d 7 „	4 1/2 d 6 „
2. über 18 Jahre und über 4 sh/Tag	9 bzw. 10 d 9 d	9 bzw. 10 d 9 d	9 bzw. 8 d 7 d	9 bzw. 8 d 6 d
3. über 18 Jahre und zwischen 3 u. 4 sh/Tag	9 bzw. 10 d 10 d	9 bzw. 10 d 8 d	9 bzw. 10 d 8 d	9 bzw. 10 d 5 d
4. über 18 Jahre und unter 3 sh/Tag	9 bzw. 10 d 1 1/2 d	9 bzw. 10 d 4 1/2 d	9 bzw. 10 d 11 d	9 bzw. 10 d 2 d

¹⁾ In jeder Kategorie die erste Zeile, und zwar gilt in den Kategorien 2, 3 und 4 die erste Zahl für Arbeitnehmer bis 21 Jahre, die zweite Zahl für ältere.

Soll Deutschland der Werbung folgen?

Das müßte man sich gerade bei uns in Deutschland immer wieder vor Augen halten, und man muß sich hier bei uns auch daran erinnern, daß man verlockt durch die Konjunktur der Jahre 1925/27 mit der Gründung von Tochtergesellschaften und Auslandsbetrieben sehr bittere Erfahrungen gemacht hat, als die Konjunkturwelle wieder ihren Abstieg nahm. Ich glaube, daß die deutsche Industrie viel besser daran tut, statt sich durch die Werbungen dieser Messe zur Übersiedlung oder zur Neugründung von Tochterbetrieben in England verleiten zu lassen, eingehend an eine Prüfung der Frage heranzugehen, inwieweit eine geeignete deutsche Wirtschaftspolitik und Ausfuhrpropaganda in Einklang gebracht werden könnte mit dem Ausfuhrdrang der vorwiegend Rohstoffe erzeugenden britischen Kolonien und Dominions.

Wenn auch der Autarkiewahn teilweise schon auf diese Gebiete übergreifen hat und in dem Führer durch die kanadische Industrieabteilung der Messe der "High Commissioner for Canada" schreibt: "Every pound spent unnecessarily out of the Empire is a dagger thrust to its very heart", so zeigt das eine völlige Verkennung der tatsächlichen Situation. Mag Kanada auf dieser Messe auch noch so hochwertige Industrieprodukte zur Schau stellen, es wird immer darauf angewiesen bleiben, seine mineralischen und pflanzlichen Rohstoffe auszuführen. Aber weder Kanada noch irgend ein anderes Dominion könnte — selbst unter wirtschaftlich günstigsten Verhältnissen im britischen Mutterlande — damit rechnen, dort die Gesamtheit seiner Naturprodukte abzusetzen, ohne damit die Interessen aller andern Dominions oder Kolonien auf das schwerste zu gefährden.

Die verwandten klimatischen Verhältnisse in der Mehrzahl dieser Länder bedingt auch eine weitgehende Gleichartigkeit und Verwandtschaft ihrer Naturerzeugnisse. So wenig das Empire Marketing Board sich bemühte, für diese Erzeugnisse auf der Messe Propaganda zu machen, so wenig kommt es um die Tatsache herum, daß Kanada, Südafrika, Australien und Neuseeland die schärfsten Bewerber auf dem britischen Gefrierfleisch-, Butter- und Wollmarkt sind, daß die indische Baumwolle eine Konkurrentin der sudanesischen ist, daß Frucht- und Gemüsekonserven aus den Malayenstaaten im Wettbewerb mit den gleichen Erzeugnissen Britisch-Westindiens stehen. So könnte man diese Liste auf Grund der in der Schau des B.E.M.B. zusammengefaßten Erzeugnisse der Dominions und Kolonien beliebig fortsetzen.

Weil Großbritannien niemals ein genügend großer Markt für diese Erzeugnisse sein kann, weil der Gütertausch innerhalb der Kronländer selbst bei dieser Gleichartigkeit der Erzeugnisse naturgegeben auch nur sehr bedingt sein kann und bleiben wird, bedeutet jeder engere zollpolitische Zusammenschluß aller dieser Länder, denen auch das Mutterland keinen genügend aufnahmefähigen Markt zu bieten vermag, auf die Dauer den Zwang zu autarker Ausgestaltung immer kleinerer Einheiten. Die Folge wird also weitere Industrialisierung dieser Rohstoffländer sein, und diese Fehlinvestitionen müssen zu einer weiteren Verelendung des Mutterlandes und weiterhin zu bewußter Abkehr vom Empire führen.

Da nun diese Länder in ihrer Aufnahmefähigkeit von der Verwertungsmöglichkeit ihrer eigenen Erzeugnisse — also

von der Gestaltung ihrer reinen Außenhandelsbilanz — viel abhängiger sind als wirtschaftlich hochentwickelte Staaten, müssen sie nicht nur im britischen Mutterlande, sondern auch auf dem Weltmarkt und da vor allem in den Ländern als Käufer auftreten, die die natürlichen Abnehmer ihrer Erzeugnisse sind. Über solche naturgegebene und geopolitisch bedingte Tatsachen können auch künstliche Valuta- und Zollmaßnahmen auf die Dauer nicht hinweghelfen. Deshalb erscheint diese ganze Propaganda, die auf der Messe mit allen Mitteln für die Ausweitung der britischen Industrie betrieben wurde, überaus bedenklich.

Worin besteht eigentlich der Unterschied zwischen der heute auch in England stark kritisierten Steigerung der deutschen Produktionskapazität, die mit Hilfe ausländischer Kapitalien erreicht wurde, und dieser Tendenz, ausländische Industrien zur Ansiedlung in England zu bewegen, um so der englischen Produktion neue nationale Erzeugnisse anzureihen, die bisher zum großen Teil im Austausch für Güter englischer Herkunft, aus dem Auslande bezogen wurden? Ganz abgesehen von dem volkswirtschaftlichen Schaden, der für Deutschland aus einer Auswanderung deutscher Industrien entsteht, kann auf die Dauer der Nutzeffekt eines derartigen Schrittes auch für den Einzelnen nur von problematischem Werte sein.

Etwa erzielte Augenblickserfolge lokaler Bedeutung erschüttern das Gefüge der Weltwirtschaft, in das wir heute alle viel zu fest verknüpft sind, so sehr, daß sich diese Methoden gegen uns alle auswirken müssen. Wenn z. B. eine Stadt wie Bilston in dem Wunsche, neue Industrien heranzuziehen, durch eine graphische Darstellung der Konjunkturphasen des letzten Jahrhunderts (Abb. 2) davon überzeugen will, daß wir 1931 im Tiefpunkt einer Konjunkturwelle lagen und jetzt in der Zeit der niedrigen Preise der richtige Augenblick zum Ankauf von Sachgütern und vor allem zur Neugründung von Produktionsstätten gegeben ist, weil die Kurve für 1935 wieder einen Höhepunkt der Konjunktur verspricht, so kennzeichnet das die Werbeverfahren, die sich die Überindustrialisierungspropaganda selbst im Lande der klassischen Nationalökonomie leisten darf.

Und das in einer Zeit, in der zwanzig Millionen arbeitswillige Menschen in den Kulturländern der alten und neuen Welt feiern müssen, weil politische Verblendung alle Lehren und Erkenntnisse der Nationalökonomie überstrahlt und die Welt damit auf dem besten Wege ist, sich immer mehr einem Zustande zu nähern, der — wie *Carlyle* zur Zeit der Kornzölle sagte — nicht nur die Engel im Himmel, sondern auch die Esel auf Erden zum Weinen bringen muß. [1393]

Die Praxis des Kundendienstes

Von Dr. F. FLUCKE, Berlin

Über die Vielseitigkeit des Kundendienstes, der den in der Nachkriegszeit deutlich erkennbaren Wechsel der Grundeinstellung zwischen Verkäufer und Käufer schlagwortartig kennzeichnet, ist in „Technik und Wirtschaft“ (Jahrgang 24, Heft 3) bereits berichtet worden. In der Abhandlung „Was verstehen Sie unter Kundendienst?“ gibt Dr. Freitag eine Zusammenstellung typischer Erscheinungsformen des Kundendienstes und zeigt, wie auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens der Grundsatz des Kundendienstes in Erscheinung tritt und sich mehr und mehr durchzusetzen beginnt. Diese Betrachtungen sollen durch die nachfolgenden Ausführungen eine Ergänzung dahingehend finden, daß der Vielheit des Kundendienstes in seinen Erscheinungsformen die Einheit des Kundendienstes im Sinne der praktischen Anwendung gegenübergestellt und gezeigt wird, wie der Grundsatz des Kundendienstes ein Unternehmen in allen kaufmännischen und technischen Abteilungen völlig durchdringt und damit der gesamten Organisation das Gepräge gibt. Den Betrachtungen ist der Kundendienst der R. Stock & Co., Spiralbohrer-, Werkzeug- und Maschinenfabrik, Akt.-Ges., Berlin-Marienfelde, zugrunde gelegt (Abb. 1).

Grundsätzliches

Der Stock-Kundendienst geht im Sinne der Qualitätsarbeit grundsätzlich davon aus, daß der Hauptdienst am Kunden zunächst darin besteht, in jeder Hinsicht hochwertige Erzeugnisse zu liefern, die nach den modernsten

rationellen Verfahren hergestellt sind. Die Richtigkeit dieses Grundsatzes sollte überall für alle Fertigungszweige Geltung haben und immer der Angelpunkt jeden Kundendienstes sein; denn nur das Qualitätserzeugnis mit erhöhtem Nutzeffekt bringt dem Kunden Vorteile und verkörpert somit allein schon einen erheblichen Bestandteil eines von vornherein richtig aufgefaßten und sachgemäß angewandten Kundendienstes. — Mit dem Bekenntnis zur qualitativen Fertigung ist die Voraussetzung des Kundendienstes gegeben und die Notwendigkeit einer ständigen qualitativen Leistungssteigerung verbunden. Aus dieser grundsätzlichen Überlegung heraus sind nach Dr. Bredt¹⁾ zwei wesentliche Forderungen im praktischen Kundendienst zu erfüllen:

1. Der Forschungs- und Untersuchungsdienst,
2. der Beratungs- und Anleitungsdienst.

Beide werden in einer Zeit, wo die Methode angewandter Wissenschaft das beste Rüstzeug der Führung geworden ist, von einer mehr und mehr gesteigerten, ja häufig sogar ausschlaggebenden Bedeutung für die Unternehmen, die Branchen, die Wirtschaft.“

Die Organisation des Stock-Kundendienstes ist in diesem Sinne zwangsläufig aufgezogen. Kundendienst darf nichts Zufälliges sein, weil die ihm innewohnende Bedeutung sonst verloren geht. Hat also ein Unternehmen sich auf den Grundsatz des Kundendienstes gestellt, so muß dieser jeder geschäftlichen Tätigkeit seinen Stempel aufdrücken. Die Vielgestaltigkeit der Vertriebspraxis ermöglicht es nicht immer, bei der Beschreibung des Kundendienstes im Rahmen eines Unternehmens eine strenge systematische Gliederung einzuhalten, weil die Erscheinungsformen des Dienstes am Kunden sich häufig überschneiden und verschiedene an sich getrennte Gebiete berühren.

¹⁾ Individuelle Wirtschaftsführung, Berlin 1931, Verlag für Organisations-Schriften G. m. b. H., S. 54/55.

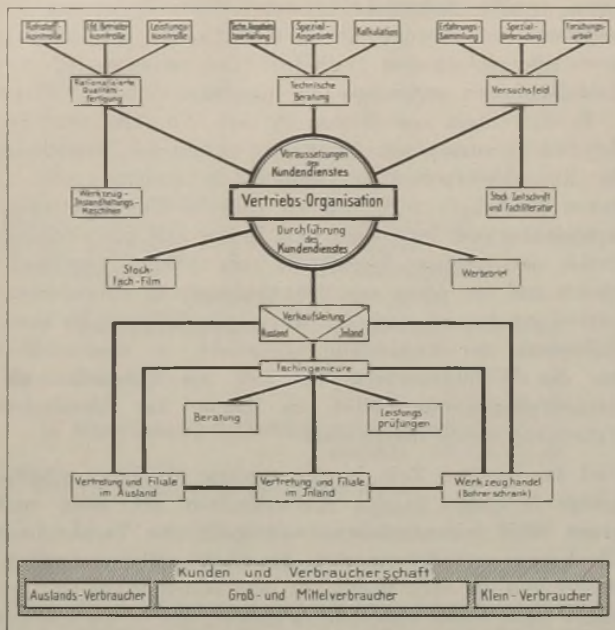


Abb. 1. Organisationsschema für den Kundendienst

Trotzdem sind Fertigung sowie Vertrieb und Werbung als Hauptpunkte in ihren Wechselbeziehungen im Rahmen des Kundendienstes hervorzuheben, an die sich zweckmäßig eine laufende Beratung und Betreuung der Kunden auch nach dem Verkaufsabschluß anschließt.

Der Kundendienst in der Fertigung

Heranbildung von Fachingenieuren

In der Werkzeug- und Maschinenindustrie sind wie kaum in einem andern Geschäftsgebiet durch die zunehmende Spezialisierung und die Reihen- und Fließfertigung Spezialkenntnisse erforderlich, um den jeweils verschiedenen Arbeitsverfahren — gerade was die wirtschaftliche Zerspanungstechnik anbetrifft — gerecht zu werden. Bei Stock wird dieser Forderung dadurch entsprochen, daß neben dem Kaufmann der Fachingenieur steht. Aus der Erkenntnis heraus, daß auf dem Gebiet der modernen Technik vornehmlich Spezialwissen fortschrittbringend ist, werden seit langem Fachingenieure beschäftigt, um die Kundschaft speziell für ihren Betrieb bis in Einzelheiten genau beraten zu können. Für diese Art des Kundendienstes ist selbstverständlich die Ausbildung von Fachingenieuren äußerst wichtig, und die Vielseitigkeit ihres Aufgabenkreises im Rahmen des Kundendienstes setzt eine sorgfältige Auswahl voraus. Selbst Ingenieure mit Hoch- oder Fachschulausbildung müssen eine längere Betriebspraxis durchmachen, um wirklich alle in Frage kommenden Spezialgebiete zu kennen. Auch die ständig wechselnde Tätigkeit draußen bei der Beratung der Kundschaft hat den Fachingenieuren eine umfassende Kenntnis rationeller Arbeitsverfahren verschafft, so daß sie auf Grund ihrer Betriebserfahrungen über ein ausgedehntes wertvolles Fachwissen verfügen, das dem Kundenkreis des Werkes auf diese Weise ohne weiteres zugänglich ist. Darum haben die Vorschläge der Fachingenieure in vielen Fällen dazu geführt, daß durch Festlegung entsprechender Arbeitsgänge, durch die Wahl der richtigen Werkzeuge und durch Bestimmung der notwendigen Arbeitsgeschwindigkeiten die Leistungsfähigkeit der Werkzeugmaschinen des Kunden bei geringerem Werkzeugverschleiß beträchtlich gesteigert werden konnte.

Bei den Arbeiten des Fachingenieurs im Sinne des Kundendienstes ist es natürlich notwendig, daß er häufig auch längere Zeit im Betriebe des Kunden arbeitet, um im Rahmen der gegebenen Fertigungsverfahren die jeweils vorteilhafteste Lösung zu finden und praktisch durchzuführen. Häufig sind auch Fehler richtigzustellen, die nicht vorkommen dürften, und die Fälle sind gar nicht selten, wo durch falsche Behandlung von Werkzeugen Fehlerquellen festgestellt werden, die man dann zu Unrecht auf das Konto des Werkzeugs selbst setzt. Hier verlangt der Grundsatz des Kundendienstes eine deutliche aufklärende Beratung des Kunden.

Das Versuchsfeld

Da die Ausbildung des Fachingenieurs im Interesse des modernen Kundendienstes sorgfältig vorgenommen werden muß, ist es auch notwendig, daß sein Ausbildungsgang an der Stelle abschließt, wo sich die technische Seite des Kundendienstes im Werk gewissermaßen zentralisiert, das ist das Versuchsfeld (Abb. 2). Hier findet die Ausbildung des Fachingenieurs ihren Abschluß, hierher kehrt er immer wieder zurück, um Erfahrungen auszutauschen und neue Anregungen entgegenzunehmen. Im Versuchsfeld konzentriert sich das Spezialfachwissen von Forschung und Praxis. Darüber hinaus dient aber das Versuchsfeld auch unmittelbar der Kundschaft; denn hier werden Sonderuntersuchungen durchgeführt, denen Bearbeitungsgänge zugrunde liegen, die mit sonst normalen Werkzeugen nicht zu meistern wären. Auf Grund eingehender Materialuntersuchungen und nach praktischer Prüfung der angefertigten Probewerkzeuge stellt das Versuchsfeld, gestützt auf die gesammelten großen Erfahrungswerte, die technischen Daten der Sonderwerkzeugtypen und deren Eigenheiten fest, die eine wirtschaftliche Arbeit in solchen Fällen sicherstellen. Derartige Versuche erstrecken sich beispielsweise auf die Bearbeitung ganz außerordentlich spröder Stoffe, brennbarer Materialien, außergewöhnlicher Legierungen oder selten vorkommender Werkstoffe. Diese Art des Kundendienstes berührt schon eng die eigentlichen Forschungsaufgaben des Versuchsfeldes, denn nur vorausschauende Arbeit auf wissenschaftlicher Grundlage führt heute zum wirtschaftlichen Erfolg. Verlangt doch der Grundsatz des Kundendienstes, daß jede nur mögliche Verbesserung und Verfeinerung in der Zerspanungstechnik durch fortschrittliche Konstruktion und Ausführung der Werkzeuge den Verbrauchern zugute kommt. . . . „Denn will man dem Kunden in Wahrheit dienen, so verlangt dieser Dienst auf der andern Seite auch die wissenschaftliche Erforschung und praktische Untersuchung in der Beschaffung und Herstellung der eigenen Erzeugnisse selbst und damit die systematische Erzielung und Entwicklung des eigenen qualitativen Leistungsvermögens, das dann im eigentlichen Kundendienst den besonderen Bedürfnissen der Kundschaft gegebenenfalls noch angepaßt werden muß.“²⁾

Der Kundendienst darf jedoch nicht seine Hauptaufgabe darin erblicken, allen Sonderwünschen bedenkenlos gerecht zu werden. Damit würde dem Kunden ein schlechter Dienst erwiesen; verständnisvolle Zusammenarbeit ist in solchen Fällen die Hauptsache. Im Werkzeuggeschäft muß der Kundendienst und vor allen Dingen die Arbeit des Fachingenieurs in dieser Hinsicht darauf gerichtet sein, auch in Sonderfällen mit normalen, also genormten Werkzeugen die gestellten Anforderungen zu erfüllen.

²⁾ Bredt, a. a. O. S. 53.

Hier ist ein weiteres Betätigungsfeld für einen modern aufgezogenen Kundendienst. Die Verwendung normaler und damit billigerer Werkzeuge liegt vor allen Dingen im Interesse des Kunden, denn das genormte Werkzeug, das im rationalen Fabrikationsprozeß hergestellt wird, ist jederzeit lagermäßig greifbar und kostet selbstverständlich weniger als das anormale Werkzeug für Spezialzwecke. Auch was die Fertigung anbetrifft, muß die Aufgabe des Kundendienstes darauf gerichtet sein, den anormalen Anteil möglichst niedrig zu halten. Die Hervorkehrung der Normung und die Propagierung des Normengedankens sind somit ebenfalls wichtige Bestandteile des Stock-Kundendienstes.

Der Kundendienst im Vertrieb

Technische Beratung

Beim Kundendienst im Werkzeuggeschäft wird das Schwerkraft immer auf der technischen Seite liegen, während Durchführung und Organisation des Kundendienstes selbst rein kaufmännische Funktionen bleiben. Die Verbindungsstelle zwischen Betrieb und Vertrieb bildet eine besondere Abteilung, die „Technische Beratung“. Ihre Aufgabe im Rahmen des Kundendienstes besteht darin, alle Anfragen aus dem Kundenkreis, die eine über das übliche Maß hinausgehende technische Durchprüfung erfordern, falls notwendig durch das Versuchsfeld, fachlich zu bearbeiten und mit ausführlicher Stellungnahme an die kaufmännischen Abteilungen zur endgültigen Erledigung weiterzuleiten. Auf diese Weise wird erreicht, daß auf jede Anfrage der Kundschaft eine Antwort erteilt wird, die sowohl in kaufmännischer als auch in technischer Hinsicht alle notwendigen Angaben und Vorschläge enthält.

Stock-Zeitschrift

Die Zusammenarbeit mit dem Kunden darf sich jedoch nicht nur auf eine sachgemäße Erledigung der Korrespondenz beschränken, sondern der Vertrieb muß auch in ständiger Fühlungnahme mit dem Kundenkreis bleiben und ihn laufend über Neuerungen und fortschrittliche Konstruktionen unterrichten; denn es kommt nicht darauf an, die ermittelten Forschungsergebnisse nur unmittelbar durch die Werkzeuge der Kundschaft nutzbar zu machen, sondern ihr auch die Möglichkeit zu geben, an der Forschungsarbeit teilzunehmen und selbst zu sehen, wie die gesammelten Erfahrungen praktisch ausgewertet werden. Hier bedient sich der Kundendienst eines literarischen Hilfsmittels, der „Stock-Zeitschrift“, als geistige Brücke zwischen Interessentenkreis und Hersteller³⁾. Mancherlei Überlegungen waren vorangegangen, ehe Stock sich entschloß, Erfahrungen und Versuchswerte zu veröffentlichen. Den entscheidenden Anstoß gab der Wille zum Dienst am Kunden, der nur dann Anspruch auf Vollständigkeit haben kann, solange zerspannungstechnische Erfahrungswerte nicht mit fortschrittsfeindlicher Geheimnistuerei umgeben werden. Die Stock-Zeitschrift erscheint in einer Auflage von rd. 18 000 Stück je Heft,

eine Werkzeitschrift der Forschung und Praxis für die Praxis, eine Spezialzeitschrift, die in kaufmännischen und technischen Büros der Industrie des In- und Auslandes, sowie bei Dozenten und Hörern von Hoch- und Fachschulen Eingang gefunden hat. Die vielfachen Rückfragen aus den Kreisen von Groß- und Kleinverbrauchern, von Hoch- und Fachschulen und die Beachtung der Zeitschrift in der technischen Literatur haben den Beweis erbracht, daß diese Form des Kundendienstes Zustimmung findet und eine notwendige Schrittmacherarbeit gerade auf dem Sondergebiet der rationalen Fertigung vollbringt.

Kataloge und Prospekte

Hierhin gehört auch die fachliche Ausgestaltung der Kataloge und Prospekte. Heute genügt es keinesfalls mehr, die einzelnen Erzeugnisse zu katalogisieren und mit Nummern und Telegrammschlüsselworten zu versehen. Auch hier muß den Interessenten im Sinne des Kundendienstes alles Wesentliche mitgeteilt werden über Anwendungsgebiete der Werkzeuge, über Richtwerte, rationelle Verwendung, über Kühlung, sachgemäße Behandlung und Instandhaltung. Diese Form des Kundendienstes ist äußerst wichtig, ja geradezu notwendig. Auch die Arbeiten des AWF verdienen in diesem Zusammenhang Beachtung. Kataloge und Prospekte gewinnen durch Berücksichtigung der Grundsätze des Kundendienstes ungemein an Wert, sie werden zur Literatur und zum spezialtechnischen Nachschlagewerk für den Kunden.

Verkaufshilfe für den Werkzeughandel

Gemäß der Zusammensetzung des Kundenkreises erstreckt sich der Stock-Kundendienst nicht nur auf den Verbraucher selbst, sondern auch auf den Handel.

Um dem Werkzeughandel Lagerung und Vertrieb der zylindrisch kurzen Stock-Spiralbohrer zu erleichtern, wird den Werkzeughändlern ein Bohrerschrank (Abb. 3) mit einem sortierten kleinen Lager zur Verfügung gestellt. Der Schrank wird leihweise überlassen, das Bohrerlager, je nach Wunsch, in Konsignation oder auf feste Rechnung. Die Schränke sind zur Aufnahme der Abmessungen

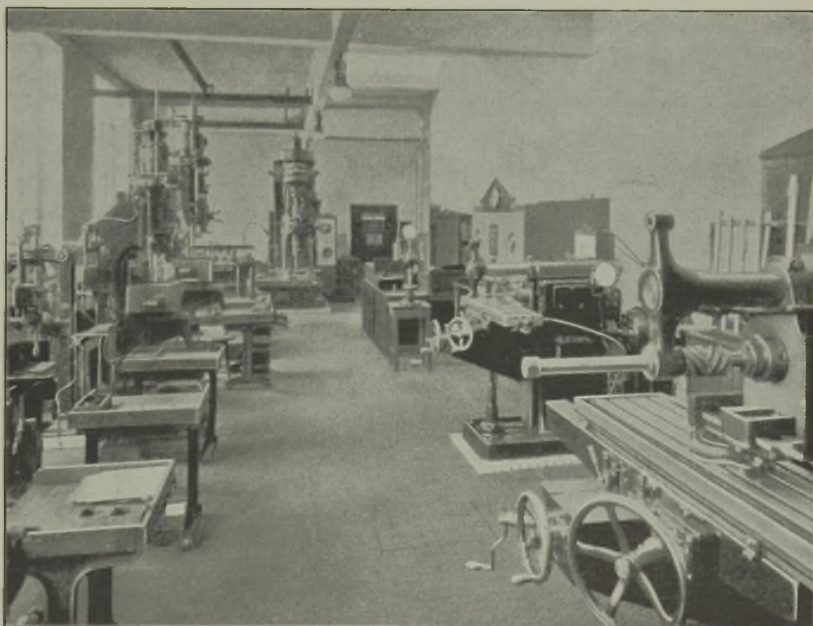


Abb. 2. Das Versuchsfeld

³⁾ Vergl. Stock-Zeitschrift (1932) Heft 1, Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Betriebsingenieure (A.D.B.) — Fräsausschuß.



Abb. 3. Ein Bohrerschrank für den Werkzeughandel

von 1 bis 10 mm \varnothing in beliebiger Sortierung vorgesehen, von moderner Linienführung, bequem und übersichtlich eingerichtet. Die einzelnen Fächer sind durch Schildchen gekennzeichnet, um dem Verkäufer die Bedienung des Kunden zu erleichtern. In dem Schrank ist ferner ein Fach eingebaut für Kataloge und Prospekte, damit stets alles griffbereit zur Verfügung steht. Die Schränke sind mit verschließbarer Rolljalousie ausgestattet — für offene Ladengeschäfte wichtig — und in jeder Hinsicht zum handlichen Gebrauch eingerichtet.

Der Schrank ist gewissermaßen „Ein Helfer im Verkauf“. Daß hier ein richtiger Weg beschritten worden ist, zeigt das vielseitige Interesse der Händlerkreise an dieser Einrichtung; denn gerade im Werkzeughandel kommt es auf Übersichtlichkeit und schnelle Erledigung der Wünsche des Kunden an.

Damit ist jedoch der Kundendienst beim Händler selbst nicht erschöpft, vielmehr wird den Händlern, die einen Bohrerschrank aufgestellt haben oder auch sonst ausgesprochene Stock-Händler sind, Material zur Weiterführung des Kundendienstes überlassen. Abgesehen von dem üblichen Propagandamaterial, das nicht ohne weiteres als Kundendienst anzusprechen ist, werden dem Werkzeughandel z. B. Postkarten zur Verfügung gestellt, die den Aufdruck der Händlerfirmen tragen und die Interessenten darauf hinweisen, im Werkzeughandel zu beziehen. Auf der Rückseite der Karten werden, dem Wünsche des Händlers entsprechend, auch Texte eingesetzt und Platz für den Stempel des Händlers gelassen. Diese Art der Propaganda hat dann vollkommen die Note, als ob sie vom Händler selbst ausginge, worauf erheblicher Wert gelegt wird. Da ferner den Händlerfirmen für ihren Kundenkreis auch Fachingenieure von Stock zur Verfügung stehen, ist dem Kundendienst in dieser Richtung die Vielseitigkeit gegeben, die im Rahmen eines neuzeitlichen Betriebes notwendig ist.

Werbung

Es ist ohne weiteres möglich und auch notwendig, das Bekennnis zum Kundendienst dem Abnehmerkreis selbst näherzubringen und die damit verbundenen Vorteile darzulegen. Ein Mittel hierzu ist der Werbebrief, in dem — um ein Beispiel herauszugreifen — nach kurzen technischen Ausführungen ein Hinweis auf die Fachingenieure oder auf literarisch neues Material folgt. Auch andre Formen des Kundendienstes können in den Vordergrund

gestellt und im Werbebrief erwähnt werden, z. B. daß im Betriebe des Kunden praktische Bearbeitungsversuche unverbindlich durchgeführt werden. Es steht dann im Belieben der einzelnen Firmen, von solchen Anerbieten Gebrauch zu machen, die in vielen Fällen im beiderseitigen Interesse zum Erfolg führten. Auch im gedruckten Werbebrief-Prospekt kann der Grundsatz des Kundendienstes hervorgehoben werden, wie es in der in Abb. 4 dargestellten Werbefaltkarte durch Erwähnung des Fachingenieurdienstes geschieht.

Anzeigenwesen

Das sehr wichtige Gebiet der Werbung, die Anzeige, ist naturgemäß wie kein andres geeignet, den Grundsatz des Kundendienstes vorteilhaft zum Ausdruck zu bringen. Die Anzeige kann sich z. B. in wenigen Schlagzeilen mit einem Hinweis auf die Warenzeichen beschränken; sie hat dann allerdings nur Erinnerungs- und Repräsentationswert. Sie kann aber auch deutlicher zum Leser sprechen und in gedrängter Form eine Information geben, allerdings frei von jeder Übertreibung, getreu dem Grundsatz: Wahrheit in der Werbung. Gerade in der Entwicklung der sogenannten Verkaufsanzeige liegen für unsere Industrie noch große Möglichkeiten, die viel zu wenig ausgenutzt werden. Als Blickfang dient, um ein Beispiel herauszugreifen, das Bild einer Fräsmaschine; daneben sind die Leistungsziffern angegeben, und dann folgt unter Zuhilfenahme von technischen Zeichnungen die Erläuterung einer Verbesserung. Durch die Hervorkehrung des Kundendienst-Grundsatzes in der Anzeige ist es möglich, den Anzeigenteil jeder Zeitschrift interessanter als gemeinhin üblich zu gestalten. Darum sollte man bemüht bleiben, soweit irgend angebracht, technische Verbesserungen in der Anzeige darzustellen, und zwar in einer Form, die auch dem Leser eine kritische Stellungnahme ermöglicht.

Kundendienst und Film


Eine große Bedeutung kommt auch dem modernen Hilfsmittel der Werbung, dem technischen Fachfilm im Rahmen eines umfassenden, neuzeitlich durchgeführten Kundendienstes zu. Hier handelt es sich darum, den Verbraucher durch das Filmbild zu beraten, ähnlich wie es der Fachingenieur durch seinen persönlichen Besuch bezweckt. Natürlich kann sich der Film lediglich mit allgemeinen Fragen befassen, die viele angehen, und die von vielen beachtet werden sollen, deren Nutzenwendung also einem großen Kreise Vorteile verspricht. Bereits oben war angedeutet, welche Verstöße immer wieder bei der Verwendung von Werkzeugen vorkommen. Darum wird besonders dieses Gebiet von Stock im Film behandelt, um in dieser Richtung den Kundendienst intensiver zu gestalten und gleichzeitig den Fachingenieuren den Außendienst zu erleichtern. Im Film ist jede Reklamewirkung vermieden, wie die Zweckbestimmung des Filmes es verlangt. Da für Beurteilung, sachgemäße Anwendung und Behandlung der Werkzeuge ihr Fabrikationsgang von Wichtigkeit ist, werden im Film der Werdegang der Werkzeuge vom Rohstahl zum Fertigfabrikat sowie die Materialprüfung und die eingeschalteten Revisionen und Versuchsstellen gezeigt. Dann folgt eine ausführliche Darstellung der Hauptbehandlungsfehler in ihrer praktischen Auswirkung; anschließend wird das sachgemäß richtige maschinelle Nachschleifen behandelt.

Kundendienst nach Verkaufsabschluß

Für die Leistungsfähigkeit und Lebensdauer der Werkzeuge ist ihre sachgemäße Instandhaltung, in erster Linie

Präzision im Austauschbau durch
STOCK-LEHREN
nach DIN und anderen Passungs-Systemen
**FERTIGUNGS-PROGRAMM
DES STOCK-LEHRENBAUES**

Rundpassungslehren	Kegellehren
Passungsführer	Metrische Kegellehren
Grenzlehndorne	Morsekegellehren
Grenzflachlochlehren	Spezialkegellehren
Grenzkugellendmaße	Gewindelehren
Prüftrachellehren	Normalgewindelehren
Grenztrachellehren	für metr., Whitworth u.
Prüfmaßscheiben	Fein-, Gewinde
Meßscheibengriffe	Gewindegrenzlehren
Böcke f. Maßscheiben	für metr., Whitworth u.
Ständer für	Fein-, Gewinde
Meßscheibensätze	Gewindegrenztrachel-
Prüfmaßstäbe	lehren für Außenge-
Prüfkugellendmaße	winden
Normaldorne	Gewindelehren
Normalringe	für Trapez-, Rund-,
Sonderlehren	Edison- und Stahl-
für Lokomotiv- und	panzarrohr- Gewinde,
Waggonbau, sowie f.	sowie für alle Ge-
alle Industriezweige	windeprofile.
Grenzlehren für Vier-	Sondergewindelehren
kante usw.	für Lokomotiv- u. Wag-
	gonbau, sowie für alle
	Industriezweige



Meßlaboratorium

★

Auf Wunsch stehen Ihnen
unsere
Fach-Ingenieure
zu einer unverbindlichen
Besprechung jederzeit
gern zur Verfügung

**STOCK-
PASSUNGS-
FÜHLER**

Als Grundlage des Austauschbaus benötigt man vor allem die Rundpassungen für Welle und Bohrung. Die Zahlen lauten nach DIN Rundpassungs-Systeme geben aber zum machen wie der gewählte Sitz sich praktisch an den Werkstücken auswirkt. Für den Konstrukteur ist aus diesem Grunde der Passungsführer ein bewährtes Hilfsmittel bei der richtigen Wahl des Sitzes, der den Verwendungszweck der Konstruktion in jeder Beziehung gewährleisten muß. Durch Zusammenbringen von Dornen und Ringen ist der jeweilige Charakter des entsprechenden Sitzes innerhalb seiner Grenzmaße getreuemäßig leicht festzustellen.

**STOCK-
GEWINDE-GRENZTRACHENLEHRE**

Für die heutigen Methoden des Zusammenbaues in der metallverarbeitenden Industrie sind die Gewindepassungen von ebenso grundlegender Bedeutung wie die Rundpassungen. Die Stock-Gewinde Grenztrachellehre gestattet eine völlig einwandfreie und in jeder Hinsicht wirtschaftliche Kontrolle der Schraubendornen auf Unbedingtes.

Austauschbarkeit ihre besonderen Vorteile sind: Vermeidung von Zeilverlusten (Auf- und Zurückschrauben) Verwendung mit ein und derselben Lehre sowohl für Rechts- als auch für Linksgewinde sowie für alle scheinbar ungleichermaßen Passungen unter gleichzeitiger Ausschaltung der Abnutzung durch einfaches Verstellen.

Medrigenfalls eingebaute Werkstücke Benennung des Lichtspaltens zwischen Werkstück und Lehre Leichtes Gängchen und Plombierung der Meßbocken gegen unbedingte Verstellung.




Abb. 4. Werbefaltkarte

das Nachschleifen von ausschlaggebender Bedeutung. Um den Werkzeugverbrauchern die Möglichkeit zu geben, die bezogenen Werkzeuge ständig in einem Zustand zu erhalten, der dem fabrikneuen Zustand nahezu gleichkommt, hat Stock auf Grund der langjährigen Spezialerfahrungen Werkzeug-Instandhaltungsmaschinen konstruiert und in das Fertigungsprogramm aufgenommen. Das Maschinenprogramm umfaßt Spiralbohrer - Spitzenschleifmaschinen (3 Typen), Spiralbohrer-Ausspitzmaschinen, Universal-Werkzeugschleifmaschinen und Spezial-Schleifvorrichtungen. Auf Grund der Erkenntnis, daß maschinell richtig geschliffene Werkzeuge Präzisionsarbeit liefern, verkürzte Arbeitzeiten und nahezu ein Wegfallen der Ausschußquote bedingen, ferner Ersparnisse im Werkzeugverbrauch und damit Senkung der Betriebskosten bedeuten, wird dieser Seite des Kundendienstes durch Anschaffung solcher Maschinen großes Interesse entgegengebracht.

Zusammenfassung

Den Mittelpunkt des Stock-Kundendienstes bildet die Vertriebsorganisation. Rationalisierte Qualitätsfertigung,

technische Beratung und Versuchsfeld, sind mit ihren Arbeitsgebieten die Voraussetzungen hierzu. Im Zusammenhang damit steht der Vertrieb von Maschinen zur Instandhaltung der Werkzeuge beim Kunden, ferner die Herausgabe der Stock-Zeitschrift und der sonstigen Stock-Fachliteratur. Die Durchführung des Kundendienstes im In- und Ausland ist Aufgabe der Verkaufsleitung in enger Zusammenarbeit mit den Fachingenieuren, die neben den regelmäßigen Vertreterbesuchen den Kunden persönlich beraten und praktische Leistungsvorführungen in den Betrieben durchführen. Andre Hilfsmittel sind: Fachfilm, Werbebriefe und Anzeigen; ferner für den Werkzeughandel der Stock-Bohrerschrank als Helfer im Verkauf. Zweck und Ziele aller dieser Arbeiten gipfeln letzten Endes darin, dem Verbraucher bei Anwendung moderner Werkzeuge auf Grund des neuesten Standes der Forschung beratend zur Seite zu stehen und im Rahmen der speziellen Erfordernisse der betriebstechnischen Einrichtungen des Kunden das Optimum an Leistung aus den Werkzeugen und Maschinen unter Beobachtung wirtschaftlicher Fertigungsgrundsätze herauszuholen. [RT 1264]

ARCHIV FÜR WIRTSCHAFTSPRÜFUNG

Gedanken über die Wirtschaftsprüfung städtischer Elektrizitätswerke

Von Professor Dipl.-Ing. R. SCHNEIDER, Darmstadt

Im Rahmen der vom Deutschen Städtetag empfohlenen Revisionsmaßnahmen der kommunalen Verwaltungen, ihrer Betriebe und Unternehmungen nimmt die Frage der betriebswissenschaftlichen und organisatorischen Prüfung — im Gegensatz zur reinen Bilanzprüfung — mit Recht einen breiten Raum ein.

Von dem Gedanken ausgehend, daß die Kontrolle der großen Vermögenswerte, die vornehmlich Eigentum der Städte sind, allein in ihrer Hand erfolgen muß, ist eine Revisionsorganisation durch den Deutschen Städtetag geschaffen worden. Richtlinien, die ihre Tätigkeitsgebiete

abgrenzen und ihre Arbeitsweise festlegen, sind bereits aufgestellt; in ihnen wird als das eigentliche Betätigungsfeld der überörtlichen Revisionsstellen die Wirtschafts- und Organisationskontrolle der städtischen Wirtschaftsbetriebe bezeichnet, „weil sich das Interesse der Öffentlichkeit in besonderem Maße auf diese richtet“. Nachdem durch die vorläufige Aktienrechtsreform die Pflichtrevision für Aktiengesellschaften eingeführt ist, wird der Druck der öffentlichen Meinung zur Pflichtrevision der öffentlichen Betriebe weitere Maßnahmen erforderlich machen.

Die betriebswirtschaftliche und organisatorische Prüfung soll sich einerseits auf die Buchführung, andererseits auf die Betriebsorganisation „im weitesten Sinne“ und die betriebsstechnischen Fragen erstrecken. Die beiden Komplexe müssen — wie auch die „Allgemeinen Richtlinien“ feststellen — meistens Hand in Hand untersucht werden.

Die Prüfung umfaßt also die sehr umfangreichen und äußerst schwierigen technischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Fragen. Ihrer Schwierigkeit sind sich auch die maßgebenden Stellen bewußt gewesen; so sagt z. B. Dr. Elsas¹⁾: „Die Schwierigkeit der zu leistenden Arbeit verlangt die Mitarbeit hochqualifizierter Persönlichkeiten, die sowohl über gute betriebswirtschaftliche und verwaltungsorganisatorische Kenntnisse und Erfahrungen verfügen, als auch in vollem Umfang mit den kommunalen Verhältnissen vertraut sind. . . .“ Ganz besonders gilt diese Forderung für die Prüfung der Elektrizitätswerke, für die, außer besondern wirtschaftlichen, gründliche technische Kenntnisse notwendig sind, die sich über das gesamte Gebiet der maschinellen Energieumwandlung erstrecken müssen.

Über den Gang, die speziellen Schwierigkeiten und die Hilfsmittel einer Überprüfung der Elektrizitätsversorgungsunternehmungen möchte ich im Nachstehenden einige Darlegungen machen, deren Unterlagen ich auf Grund langjähriger praktischer und wissenschaftlicher Erfahrungen gesammelt habe. In Versorgungsbetrieben dieser Art steht vielfach die praktische Erfahrung zu sehr im Vordergrund zum Nachteil einer betriebswirtschaftlichen Vertiefung des Geschäftsablaufes. Die Einschaltung geeigneter Forschungsstellen, wie z. B. derjenigen für Elektrizitätswirtschaft und Energiewirtschaft an den Hochschulen, kann — ähnlich der Organisation für „Governmental Research“ an den Amerikanischen Universitäten, die ihre Dienste in speziellen Fällen den Städten zur Verfügung stellen — hier Erfolg bringen. Hier könnten das die Städte oder die oben erwähnten Revisionsorganisationen sein. Das Ziel dieser Zusammenarbeit müßte eine Ergänzung der bisher in der Praxis geübten Methoden durch wissenschaftliche Forschung, insbesondere im Hinblick auf die Schaffung objektiver Vergleichsverfahren und -unterlagen sein.

Dies gilt gleicherweise für private wie auch für öffentliche Energieversorgungsunternehmungen. Die Form der Unternehmung ist für die vorliegenden Probleme unerheblich, da — zumal für die Elektrizitätsversorgung — der Regiebetrieb und die öffentliche Unternehmung jeder Art grundsätzlich genau so geeignet sind wie die private Unternehmung des öffentlichen Rechtes. Auszunehmen ist lediglich die Versorgung solcher Gebiete mit reger industrieller Betätigung, bei denen der Zwang rascher Entwicklung und häufiger schneller Anpassung Risiken mit sich bringt, die das Vermögen der öffentlichen Hand nicht auf sich nehmen darf. Der Erfolg des Betriebes ist in beiden Fällen ausschlaggebend von der Person des Leiters abhängig, hinsichtlich dessen Wahl sich öffentliche und private Unternehmungen in der gleichen Lage befinden.

Wenn demnach auch die viel vertretene Auffassung, die öffentliche Hand sei zum Unternehmer prinzipiell nicht geeignet, als irrig abzulehnen ist, so wird doch häufig im Interesse einer zweckentsprechenden Betriebsführung eine sinnvolle Rationalisierung angestrebt werden müssen. Ohne auf Einzelheiten eingehen zu können, möchte ich doch die wesentlichsten Maßnahmen, die gegebenenfalls eine Rationalisierung zu treffen hätte, kurz in folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Möglichste Loslösung des Betriebseigentums aus dem stadtfiskalischen Besitz und Verselbständigung des Betriebes.
2. Reorganisation und Verbesserung der kameralistischen Buchführung oder Ersatz durch die kaufmännische.
3. Einführung eines für alle kommunalen Betriebe gleichartigen Buchungsschemas.
4. Aufstellung einer erweiterten, Betrieb und Unternehmung umfassenden Statistik.

Vor allem die beiden letzten Punkte sind anzustreben, auch wenn die örtlichen Verhältnisse die übrigen Änderungen nicht angebracht erscheinen lassen; sie dienen der wünschenswerten Schaffung richtiger Vergleichsgrundlagen, die eine unerläßliche Voraussetzung erfolgversprechender Revisionen sind. Dieser Gesichtspunkt sollte auf allen Gebieten der Überprüfung wirksam werden, deren Grundzüge im folgenden kurz skizziert werden sollen.

¹⁾ In „Der Städtetag“ vom 4. Juli 1930.

Die äußere Organisation

Tunlichst wird eine Überprüfung einer Versorgungsunternehmung nach der wirtschaftlichen organisatorischen Seite ausgehen von den gegebenen Bedingungen der Lage und dem Stande der Elektrizitätswirtschaft, wie überhaupt der Energiewirtschaft in dem betreffenden Wirtschaftsraum. Es ist zunächst die Frage der äußeren Organisation zu untersuchen. Nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten — ohne Einfluß politischer und Prestigemomente — ist zu prüfen, ob selbständiger Betrieb oder Eingliederung in eine Gemeinschaft zweckmäßiger ist. Die Entscheidung hängt von der Lage zu den Energiequellen, dem Aufbau der allgemeinen Energiewirtschaft und den später zu erörternden Kostenfragen ab. Vorteilhaft schließt sich hieran zugleich eine kurze wirtschaftliche Analyse des versorgten und, soweit notwendig, umliegenden Wirtschaftsraumes an, die nach zwei Seiten auszubauen wäre. Einerseits liefert sie sowohl einen Überblick über die Siedlungs- und Erwerbsverhältnisse (besonders wichtig für Überlandversorgungen) der Bevölkerung im Augenblick und damit die Kenntnis der Belastungsschwerpunkte, die Grundlagen zur Prüfung des richtigen Ausbaues des Verteilungsnetzes usw., als auch eine Feststellung der Kaufkraft und der Konsumfähigkeit der Bevölkerung, Landwirtschaft und Industrie. Wenn es sich hier auch in den meisten Fällen um gegebene Verhältnisse handelt, so müssen diese doch als Ausgangspunkt der weiteren Untersuchung sicher gestellt werden. Denn die Analyse ist andererseits auch der Ausgangspunkt für eine Schätzung der zukünftigen Entwicklung, bei der die Fragen der Kaufkraft (Konjunktur), der Sättigung, der Konkurrenz anderer Energiearten und der Möglichkeit der Umstellung von Haushaltungen und Industriebetrieben auf die öffentliche Versorgung ausschlaggebend sind. Es liegt auf der Hand, daß diese Faktoren die technischen und wirtschaftlichen Maßnahmen auch in der Gegenwart schon weitgehend beeinflussen. Kurz zusammengefaßt: Die Rationalisierungsmaßnahmen haben von der Seite des Verbrauchs auszugehen. Seine Kenntnis und die Erforschung seiner Einwirkungen auf die jetzige und zukünftige Belastung des Werkes bestimmen weitgehend auch die Propaganda.

Die innere Organisation

Der weitaus wichtigere Teil der Untersuchungen hat sich mit der inneren Organisation — im weitesten Sinne — zu beschäftigen. Zuerst sind die Erzeugungsgrundlagen zu erfassen.

Eigenerzeugung oder Fremdbezug?

Je nachdem natürliche Energiequellen am Orte vorhanden sind (energiewirtschaftlich selbständiges Gebiet) oder nicht (unselbständiges Gebiet), ist die Wirtschaftlichkeit der Eigenerzeugung gegenüber den Möglichkeiten des Fremdbezuges zu prüfen. Sie hängt — gleiche Sicherheit der Versorgung vorausgesetzt — nur von den Kosten der Erzeugung ab; deren rechnerische Nachprüfung erfaßt die Verlustquellen der Umwandlung, ist also vorwiegend wärmewirtschaftlicher Art. In den Fällen, wo die Wärmewirtschaft verbesserungsfähig erscheint, empfiehlt sich die Zuziehung geschulter Wärmefachleute. Bei diesen Untersuchungen ist ferner zu prüfen, ob der Fremdbezug zur Deckung des gesamten Bedarfes oder nur eines Teiles — der Grundlast etwa — in Betracht fällt; im Zusammenhang damit steht die Frage einer gänzlichen Stilllegung oder eines teilweisen weiteren Einsatzes — etwa zur Spitzendeckung — der eigenen Werke, die in hohem Maße vom Grade der Abschreibung abhängt. Ergibt sich die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit eines Zusammenschlusses mehrerer Werke zur Herabsetzung der Erzeugungskosten, so ist hierbei nach wirtschaftlichen Überlegungen auch der richtige Einsatz der einzelnen Werke zu ermitteln (Lastverteilung, Fahrplan).

Die Voraussetzung dieser Untersuchungen ist eine genaue Analyse der Erzeugungskosten, die auch die technischen Eigenschaften (die Anlaufverhältnisse, den Leerlaufverbrauch usw.) der Betriebsmittel zu beachten hat. Die Rechnungsverfahren hierfür sind in der letzten Zeit so differenziert worden, daß für jeden Fall je nach der geforderten Genauigkeit entsprechende Verfahren zur Verfügung stehen.

Weitere Untersuchungen müssen den Verteilungskosten gewidmet werden. Ihnen hat u. U. eine meßtechnische Überprüfung (im Zusammenhang mit der später besprochenen Analyse der Belastung) vorzugehen, welche die Erfassung außergewöhnlicher Verlustquellen zum Ziel hat. Die rechnerische Behandlung der meist sehr beträchtlichen Verteilungskosten befaßt sich auch mit dem wirtschaftlich richtigen Ausbau des Netzes.

Das Selbstkosten- und Tarifproblem

Auch erfordern die Fragen des Absatzes selbst besondere Aufmerksamkeit; den Kernpunkt dieses Komplexes der Marktanalyse, der Hebung des Absatzes, der Propaganda usw. bildet stets das Selbstkosten- und Tarifproblem. Die voraufgegangenen Studien gestatten die Erfassung der einzelnen Kostenglieder in ihrer Abhängigkeit von den Betriebsbedingungen. Während die tarifliche Behandlung der arbeitsabhängigen Kosten keine Schwierigkeiten bereitet, sind erst in der letzten Zeit brauchbare Verfahren für die Verteilung der sogenannten „festen Kosten“ entwickelt worden²⁾, die vielleicht gute Anwendungsmöglichkeiten ergeben. Hier scheint die Analyse und Synthese ein brauchbares Hilfsmittel zu werden³⁾, mit dem man den Verlauf der Belastungen der einzelnen Abnehmergruppen feststellen kann. Die große Verschiedenheit der derzeitigen Tarife, sowohl was die Höhe der Gebühren, als auch was die Bezugsgrößen betrifft, weist darauf hin, daß es bislang noch nicht gelungen ist, anerkannte Grundsätze hierfür zu entwickeln.

Der Werkleiter hat noch keinen wissenschaftlich begründeten zuverlässigen Anhalt weder für die Richtigkeit der Tarife, noch hinsichtlich ihrer Rückwirkungen auf die Belastung und somit die künftigen Investitionen.

Ein obligatorisch eingeführter Grundgebührentarif kann leicht eine Gefahr für die Rentabilität des Werkes werden. Er wirkt zwar absatzfördernd, aber auch spitzenbildend und zwingt häufig zu Neuinvestitionen, deren Kapitaldienst aus dem bisherigen Abnehmerkreis ohne Änderung der Gebühren nicht erwirtschaftet werden kann. Hier könnte jetzt die Analyse durch Messung Abhilfeschaffen, indem sie in Kurvenform und Gleichzeitigkeitsfaktoren Grundlagen für die Tarifbildung liefert und die Überwachung der Absatzentwicklung gestattet. Die Beschaffung der für ihre Durchführung notwendigen Instrumente könnte gemeinsame Sache der Revisionsorgane und Betriebe sein, damit sie vielseitig verwendet werden können, wodurch an Kosten wesentlich gespart werden könnte. Die hierfür notwendigen Aufwendungen werden sich in kurzer Zeit als werbend und nutzbringend erweisen, denn je besser ein Werk die Verteilung der Kosten übersieht, um so wirksamer kann es die Preisgestaltung zu einem Werkzeug der Absatzentwicklung ausgestalten.

Es steht zu erwarten, daß eine erstmalige Durchführung der Messungen in einer größeren Stadt nicht nur durch ihre Erfolge andere Unternehmungen zu dem gleichen Vorgehen veranlassen wird, sondern auch durch die Er-

²⁾ „Die Verfahren für die Verteilung der festen Kosten in der elektrischen Energiewirtschaft“. ETZ 1932 Heft 1, 2 und 8. Sonderdruck erschienen.

³⁾ „Analyse und Synthese von Belastungskurven als Hilfsmittel für wirtschaftliche Untersuchungen“. ETZ 1929 Heft 10.

fahrungen die späteren Untersuchungen vereinfacht und beschleunigt werden. Durch die völlige Ausnutzung dieser Verfahren wird in vielen Fällen der Erfolg der Wirtschaftsprüfung bedeutend gesteigert werden können — in ihrer Einführung dürfte auch eine wichtige Aufgabe der Revisionsorgane liegen.

Die Verteilung der festen Kosten und die Ermittlung der Selbstkosten der einzelnen Verbrauchskategorien ist die Voraussetzung zur Überprüfung der Tarife, die sich auf den Selbstkosten unter Beachtung der Wertschätzung und der Konkurrenz anderer Energieträger aufbauen sollen. Sollte in einzelnen Fällen die Richtigkeit der bestehenden Tarife nicht bestätigt werden, so gibt die Feststellung neuer, brauchbarer und werbefähiger Tarife auf dieser Grundlage Möglichkeiten zu günstiger Absatzentwicklung. Hierbei muß sowohl der Wahl der Tarifart, als auch der Höhe der Gebühren größte Aufmerksamkeit gewidmet werden, weil von beiden Faktoren die Einwirkung des Tarifes auf den Verbrauch abhängt. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die Entwicklung der Belastungsverhältnisse unter Einfluß der Änderung sorgfältig geschätzt und bei ihrer Festlegung mit herangezogen werden muß. Als Ergänzung lassen stichweise Nachprüfungen in angemessenen Zwischenräumen (etwa alle zwei Jahre) die Entwicklung überschauen, unliebsame Spitzensteigerungen vermeiden oder rechtzeitig abbrechen und schützen so vor Fehlinvestitionen.

Zusammenarbeit von Forschung und Praxis

Die Gesamtheit aller Untersuchungen — die Kenntnis der Belastungsverhältnisse, des Marktes, ihrer Entwicklung und der Kapazität des Werkes und Netzes — ist die Grundlage einer zielgerichteten Werbung, der sie ihre Angriffspunkte aufzeigt und gleichzeitig Richtung und Grenzen vorschreibt. Die Untersuchungen dienen also neben einer Erhöhung der Rentabilität der Unternehmung auch der Verbesserung des Lebens- und Produktionsstandards des Versorgungsgebietes durch Verbilligung der elektrischen Energiedarbietungen.

Der Umfang und die Schwierigkeit der bei der betriebswirtschaftlichen Prüfung von Elektrizitätswerken zu beachtenden Fragenkomplexe lassen vermuten, daß ihre praktische Durchführung mit vielfachen Widerständen zu kämpfen haben wird. Eine der vornehmsten Aufgaben der Forschung wird es sein müssen, der Praxis die Forschungsergebnisse näher zu bringen und sie bei ihrer Anwendung zu unterstützen. Bei derartiger Zusammenarbeit wird es möglich sein, die aufgezeigten Schwierigkeiten zu überwinden, so daß sich die hier skizzierten Gedankengänge und die entwickelten Verfahren bald zum Vorteil der Wirtschaft auswirken können. [1381]

Zur Kapitalherabsetzung in erleichterter Form

In einer 3. Verordnung zur Durchführung der Vorschriften über die Kapitalherabsetzung in erleichterter Form werden diese und die entsprechenden Vorschriften der Notverordnung vom 6. Oktober (Reichsgesetzblatt I S. 556) bis zum 31. Dezember 1932 verlängert. (Vgl. Verordnung vom 26. April 1932, Reichsgesetzblatt I S. 184 und Techn. u. Wirtsch. 1932 S. 66.) *ML.* [1391]

UMSCHAU

MITTEILUNGEN AUS LITERATUR UND PRAXIS / BUCHBESPRECHUNGEN

Die deutsche Konjunktur Mitte Mai 1932

Während in normalen Jahren in den Monaten März bis Juni regelmäßig eine saisonmäßige Frühjahrsbelebung festzustellen ist, verharren Produktion und Umsätze dieses Jahr auf ihrem bisherigen niedrigen Stand. Die Ausnahmen von dieser Erscheinung, wie eine geringfügige Inlandbelebung in der Maschinenindustrie, wodurch sich der Beschäftigungsgrad dieser Gruppe von 29 auf 30% erhöhte, sind viel zu vereinzelt, um eine Belebung des Gesamtbildes herbeiführen zu können. Da der Saisoneinfluß zweifellos aber auch in diesem Jahr wirksam ist, so läßt sich eher

vermuten, daß unsre Gesamtlage, wenn man sie frei von Saisoneinflüssen betrachtet, sich in den letzten Monaten weiter verschlechtert hat. Der Produktionsindex Abb. 1 liegt heute tiefer als gegen Ende 1931; die Grundindustrien, wie die Eisen- und Stahlerzeugung, sowie die Bauwirtschaft, sind am ärgsten betroffen, weil jede Investitionstätigkeit stockt (Abb. 2 und 3). Zur Zeit werden nicht einmal diejenigen Erneuerungen vorgenommen, welche die laufende Abnutzung der Anlagen erfordert.

Die Verminderung der Produktion ist in den einzelnen Ländern seit dem letzten konjunkturellen Hochstand ver-

schieden (Abb. 4). Noch deutlicher wird diese Verschiedenheit seit der mitteleuropäischen Krise vom Juli 1931 (Abb. 5). Auf jeden Fall sehen wir aber, daß Deutschland bei dieser Verschlechterung mit an der Spitze marschiert, während Länder mit gesunkener Währung, wie England und Schweden, ihren Produktionsumfang seitdem aufrecht

erhalten konnten. Die gesamte Weltproduktion erreicht heute nur noch die Höhe von 1913. Da nun eine Reihe von jung aufstrebenden Ländern heute weit mehr produziert als damals, so ergibt sich für die alten Industrieländer ein Stand, der noch unter diesem Spiegel liegt (Abb. 6). Auch hier hält Deutschland an letzter Stelle.

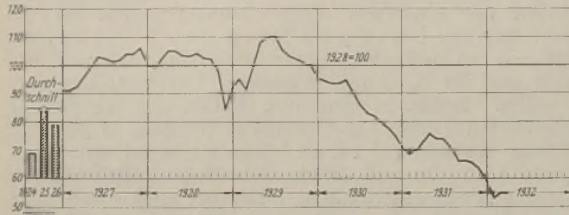


Abb. 1. Produktionsindex des Instituts für Konjunkturforschung, neue Berechnung, 1928 = 100

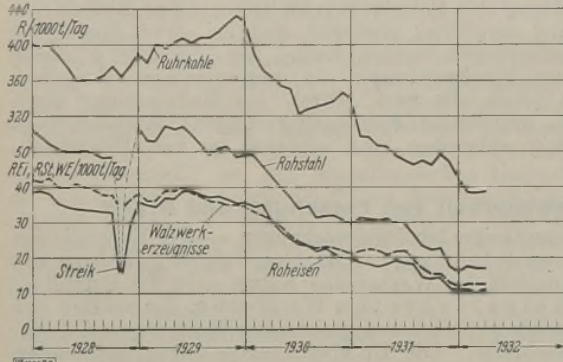


Abb. 2. Die Erzeugung von Grundrohstoffen 1928 bis 1932 (arbeitstägig)

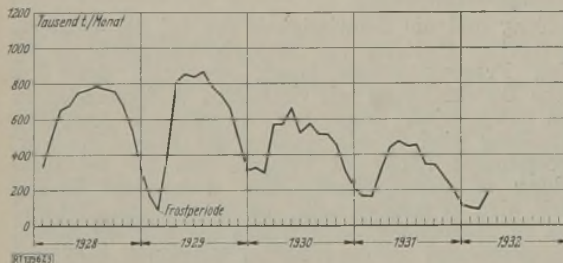


Abb. 3. Zementabsatz 1928 bis 1932, monatliche Ziffern

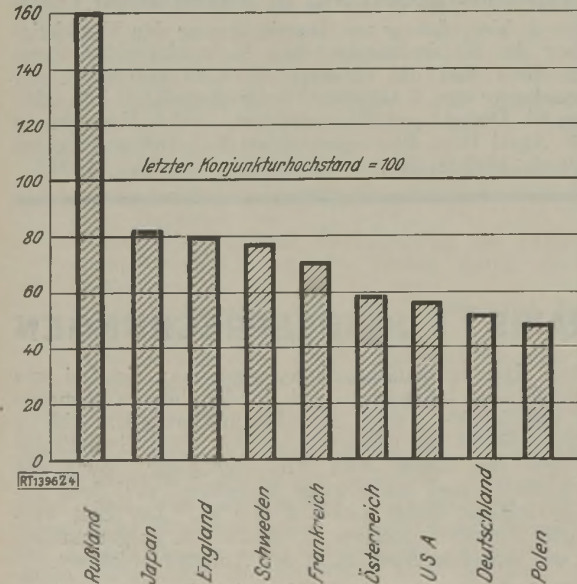


Abb. 4. Abnahme der Produktion seit der letzten Hochkonjunktur, in Prozenten

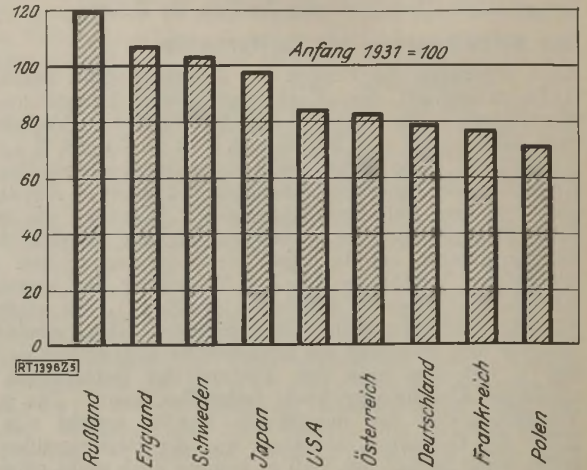


Abb. 5. Abnahme der Produktion seit der Julikrise 1931, in Prozenten

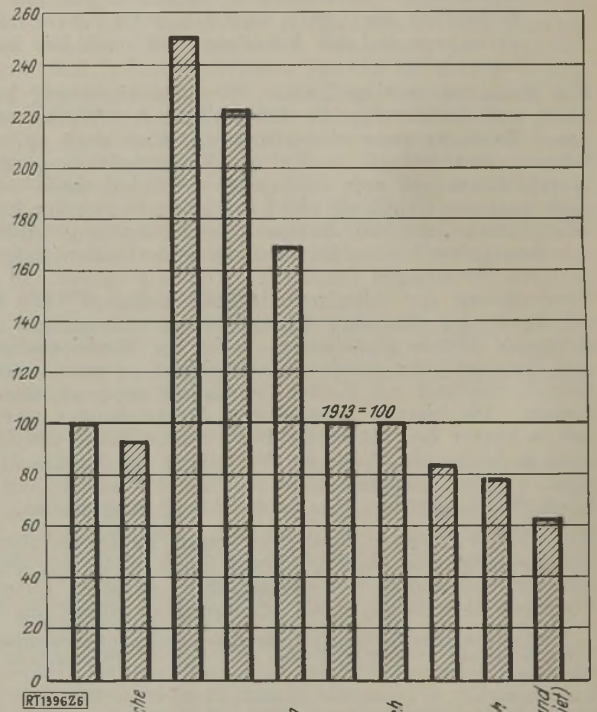


Abb. 6. Die Weltproduktion Ende 1931, 1913=100

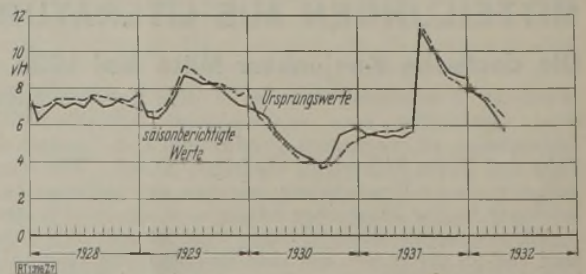


Abb. 7. Die deutsche Geldkurve nach Ausschaltung der Saisonschwankungen 1928 bis 1932

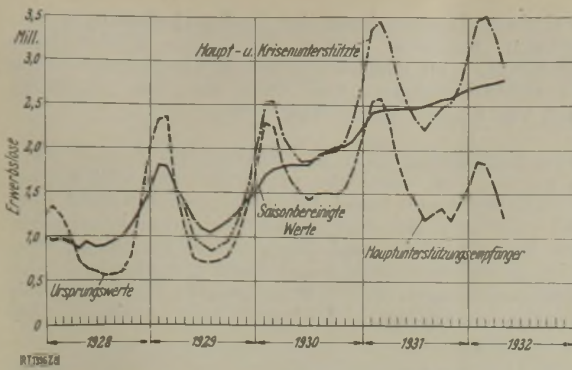


Abb. 8. Unterstützte Erwerbslose (Hauptunterstützungsempfänger ohne Krisenfürsorge) um die Monatsmitte, ursprüngliche und saisonbereinigte Werte (nach Donner, I. f. K.) 1928 bis 1932

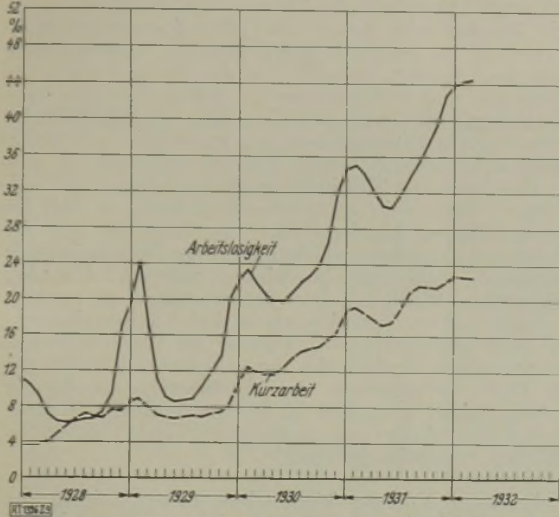


Abb. 9. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in % der erfaßten Gewerkschaftsmitglieder 1928 bis 1932

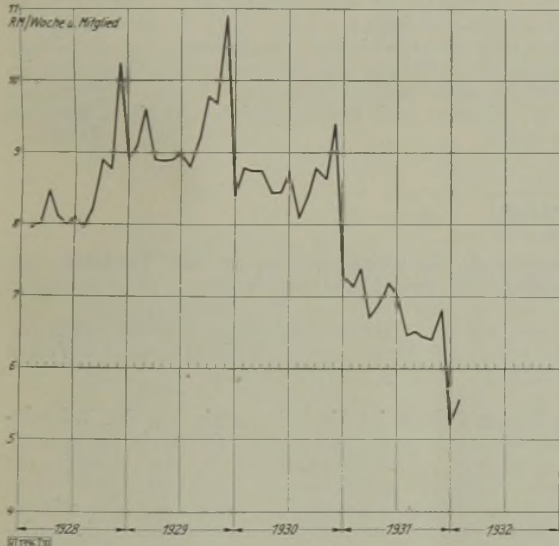


Abb. 10. Umsätze der Konsumvereine je Woche und Mitglied (Institut für Konjunkturforschung)

Die unverminderten Bestrebungen der Länder, sich gegenseitig abzuschließen, mußten auf Deutschland besonders stark wirken und den Produktionsapparat weiter lähmen. So ist auch unsere Ausfuhr und damit die Aktivität unserer Handelsbilanz im April erneut ruckartig zusammengesunken. Der Blick auf die bevorstehenden großen Konferenzen ist angesichts der allgemeinen Lähmung nicht sehr hoffnungsvoll. Nirgends ist die Grundstimmung für

eine Generalreinigung geschaffen, und ohne eine solche ist die Aussicht auf eine Belebung mehr als gering.

Es ist nur natürlich, daß nach Überwindung der Vorjahrs-panik die Geldmärkte allmählich wieder flüssiger werden (Abb. 7). London schreitet mit einem Diskontsatz von 2½% wieder voran und liegt noch unter dem amerikanischen Banksatz von 3%. Auch in Deutschland ist mit 5% Reichsbankdiskont der niedrigste Satz erreicht, der nach dem Bankgesetz möglich ist, solange die 40%ige Gold- und Devisendeckung unterschritten bleibt. Aber diese Geldflüssigkeit allein ist nicht geeignet, eine Belebung herbeizuführen. Sie ist heute immer noch ein Zeichen der Depression und bedeutet noch nicht die Hoffnung auf den Aufschwung.

Die Arbeitslosigkeit ist saisonmäßig etwas zurückgegangen (Abb. 8). Eine Entlastung, die auf eine grundsätzliche Wendung hindeuten könnte, ist keineswegs erfolgt. Die Beschäftigungsquote innerhalb der Gewerkschaften (Abb. 9) verschlechtert sich weiter, da immer noch neue Betriebe durch Stilllegung oder Einschränkung ausfallen. Schlagartig zurückgegangen ist daher auch der Konsum der Massen (Abb. 10). Die Umsätze der Konsumvereine zeigen einen Stand, der weit unter den schlechtesten Vorjahren bleibt und die unmittelbare Wirkung der letzten gesetzlichen Lohnsenkung auf die Lebenshaltung des letzten Verbrauchers besonders einprägsam zeigt.

Brasch [1396]

Konjunktur und Marktanalyse

Beiträge zum Thema: **Diskonttheorie und Konjunkturzyklus**; in geschichtlicher und theoretischer Betrachtung. Von *Ernst Hugo Meder*. Hamburg 1931, Verlag Hermann Göpner. Preis 2,50 RM.

„Es gibt keinen diskonttheoretischen Erklärungsmonismus für den Konjunkturzyklus. Weder einen alleinseligmachenden Monismus einer statischen Diskonttheorie, noch einen einer dynamischen Diskonttheorie. Eine dem gesamten Verlauf der wirtschaftlichen Wechsellagen und nicht nur einzelnen Phasen des Konjunkturzyklus angemessene Diskonttheorie muß eine vernünftige Synthese beider sein. Sie muß eine »organische Diskonttheorie« sein, will sie nicht dem menschlichen, allzu menschlichen Irrtum zutreiben.“ Das ist das Ergebnis der Betrachtung.

Die „Nur-Statiker“ (*Wicksell, Cassel, Amonn, Hayek, Röpke*) — soweit man solche Eingruppierung überhaupt vornehmen kann — sehen den Unterschied zwischen dem Gleichgewichts-Zinsfuß am Kapitalmarkt und dem Kurzfristzinsfuß der Banken als entscheidenden Umstand der Konjunkturschwankungen an, weil nach ihrer Ansicht ein positiver Unterschied, also ein niedrigerer Kurzfristzinsfuß, zur Kreditausweitung, Preissteigerung und Überinvestition führt.

Die Tatsache, daß bei steigender Konjunktur steigende Kurzfristzinssätze und steigende Warenpreise und bei sinkender Konjunktur sinkende Kurzfristzinssätze und sinkende Warenpreise nebeneinander hergehen, beweist, daß noch andere Umstände und Faktoren in den Konjunkturzyklen maßgebend sein müssen. Die genauere Untersuchung des Verfassers zeigt, daß die statische Diskonttheorie nur für die kurze Zeit der oberen und unteren Konjunkturkehren gültig ist, daß dagegen zwischen den Konjunkturkehren die anderen Umstände und Faktoren entscheidenden Einfluß auf den Gang der Konjunktur ausüben.

Als „Organiker“, deren konjunkturtheoretische Anschauungen diesen Tatsachen gerecht werden, sieht *Meder* den Bankier *Paul M. Warburg* und die Professoren *Edwin Cannan, Melchior, Palyi* und *Kurt Singer* an, deren Gedankengänge kurz erläutert werden.

Die Arbeit, der Teildruck einer gleichlautenden Dissertation, ist ein guter Beitrag zur Aufhellung der Zusammenhänge zwischen Diskontpolitik der Zentralbanken und den wirtschaftlichen Erscheinungen im Konjunkturzyklus.

Ernst Goebel [1311]

Neuere Literatur zur Konjunkturforschung und Konjunkturstatistik

„Veröffentlichungen der Frankfurter Gesellschaft für Konjunkturforschung“, herausgegeben von *Eugen Allschul*. Verlag: Kurt Schröder, Bonn 1930.

- Heft 6. *Pribram, K.* „Die städtische Grundrente im Konjunkturverlauf“ 14 S. Preis 1 RM.
Heft 7. *Kuznets, S.* „Wesen und Bedeutung des Trends, zur Theorie der säkularen Bewegung“ 51 S. Preis 2,50 RM.
Heft 8. *Neumark, Fr.* „Konjunktur und Steuern“ 59 S. Preis 2,60 RM.
Heft 9. *Ezekiel, M.* „Preisvoraussage bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen“ 32 S. Preis 2 RM.
Heft 10. *Schultz, H.* „Der Sinn der statistischen Nachfragekurven“ 99 S. Preis 5,50 RM.

Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, herausgegeben vom Institut für Konjunkturforschung, Sonderheft 21: „Der Trend“. Ein Beitrag zur Methode seiner Berechnung und seiner Auswertung für die Untersuchung von Wirtschaftskurven und sonstigen Zeitreihen. Von *Paul Lorenz*, 2. vollständig neu bearbeitete Auflage. Berlin 1931, *Reimar Hobbing*. 104 S. Preis 14,40 RM.

Trendfragen

Einer der ersten, die sich dem Studium der säkularen Schwankungen (Trend) zuwandten, war *Simon Kuznets*. Seine kleine Schrift „Wesen und Bedeutung des Trends“ stellt in der deutschen Literatur bisher den einzigen umfassenden Beitrag zu dem Problem der Trendbewegung dar; die Probleme selbst sind kurz und allgemein verständlich dargestellt. *Kuznets* kommt zum Ergebnis, daß die Trendbewegung ihre Entstehung einem vielgliedrigen Komplex von Ursachen (Bevölkerungsvermehrung, Güternachfrage, Fortschritte der industriellen und kommerziellen Technik) verdankt. Die Komplexität der Trendursache bringt es mit sich, daß nur in Ausnahmefällen, beim Zusammentreffen bestimmter glücklicher Momente, der Trend eine Gerade sein kann. Das ergibt sich eindeutig aus einer von *Kuznets* in etwa 50 bis 60 Produktions- und Preisreihen verschiedener Länder erstmalig nachgewiesenen zyklischen Form von säkularen Schwankungen, deren Zyklenweite länger ist als die eines durchschnittlichen Konjunkturzyklus. *Kuznets'* Untersuchungen legen für diese, von ihm „Sekundärtrends“ genannten Zyklen die Annahme einer Zyklendauer von etwa 22 bis 24 Jahren nahe.

Der Auffassung von der komplexen Zyklennatur des Trends kommt eine andere Arbeit über die Trendrechnung sehr nahe: Die zweite, vollständig neu bearbeitete Auflage der von dem wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts für Konjunkturforschung, Privatdozent *Dr. Paul Lorenz*, vorgelegten Arbeit über ein neues Verfahren der Trendberechnung. *Lorenz* verwendet zur Darstellung von Trendlinien orthogonale ganze rationale Funktionen. Das Verfahren gleicht in gewisser Weise der *Fourierschen* Reihenzerlegung. Die Arbeit enthält eine Reihe sehr eindrucksvoller Beispiele der Zerlegung von Gesamttrendlinien, bei der insbesondere die Darstellung langwelliger Bewegungen interessiert. Die Voraussetzungen des *Lorenzschen* Trendberechnungsverfahrens entsprechen durchaus der Auffassung *Kuznets'* von der Trendbewegung als einer Überlagerung verschiedener wirtschaftsdynamischer Zyklen. Die mathematische Konstruktion der Trendgleichung befindet sich also in diesem Verfahren in Übereinstimmung mit dem ökonomischen Phänomen der Trendbewegung. Diese Übereinstimmung läßt vermuten, daß das *Lorenzsche* Trendberechnungsverfahren sich zu einem wichtigen Hilfsmittel des induktiven Studiums dynamischer Wirtschaftsschwankungen überhaupt entwickeln wird. Ein weiterer Vorteil der *Lorenzschen* Arbeit ist darin zu sehen, daß sie den Mechanismus der Trendberechnung so vereinfacht, daß selbst mathematisch Nichtvorgebildete Trendlinien höheren Grades zu berechnen vermögen. Die in den Trendgleichungen vorkommenden Konstanten und Größen sind für die Gleichungen aller praktisch vorkommenden Grade und Reihenumfänge zu einem Tabellenwerk verarbeitet, das der Veröffentlichung als Anhang beigegeben ist.

Probleme der Preisveränderungen

Neben der Untersuchung der dynamischen Schwankungen pflegt die amerikanische Wirtschaftstatistik in erster Linie

die statistische Untersuchung der Preisveränderungen verursachenden Faktoren. Auch für diesen Problemkreis legt die Frankfurter Gesellschaft für Konjunkturforschung zwei Veröffentlichungen, und zwar die oben genannten Arbeiten von *Ezekiel* und *Schultz* vor.

Als erste Einführung kann die Schrift von *Ezekiel* empfohlen werden. Sie verzichtet absichtlich auf alles mathematische Beiwerk und bietet eine gemeinverständliche Darstellung der auf der Korrelationsrechnung beruhenden Analyse von Angebots- und Nachfragebeziehungen. Wer tiefer in die mathematische Darstellung der Angebots- und Nachfragebeziehungen eines Gutes, sowie in die ökonomisch theoretischen Grundlagen eindringen will, greife zu der Arbeit von *Schultz*.

Konjunktur-theoretische Fragen

Die beiden andern Veröffentlichungen der Frankfurter Gesellschaft für Konjunkturforschung beschäftigen sich mit konjunktur-theoretischen Problemen. Aktuell ist besonders die *Neumarksche* Arbeit über die „Steuern im Konjunkturverlauf“. *Neumark* zeigt, daß die Steuersysteme der modernen Staaten, besonders in den Hauptsteuerarten (Einkommen- und Umsatzsteuer), außerordentlich konjunkturabhängig sind, und daß diese Konjunkturabhängigkeit selbst in Aufschwungzeiten, die gemeinhin mit Mehrerträgen verbunden sind, gewisse Gefahren in sich birgt. Aber auch die Konjunktorempfindlichkeit der meisten übrigen Steuern ist außerordentlich hoch, so daß die konjunkturmäßigen Mindererträge im Hinblick auf die Gestaltung der Ausgabenverhältnisse in der Depressionszeit sich besonders verheerend auswirken müssen. Um den konjunkturellen Rückgang der Steuererträge zu mildern, schlägt er vor, Verkehrssteuern und Luxusverbrauchssteuern durch eine schärfere Erfassung der Kapitalerträge, sowie durch einen Ausbau der Luxusbesitzsteuern zu ersetzen. Eine Verzögerung der Steuerertragsminderung in der Depression verspricht er sich außerdem von einer stärkeren Verwendung von Schätzungen und Pauschalierung bei der Steuereinschätzung.

Der *Pribramsche* Vortrag bietet einen neuen Beitrag zur Theorie der städtischen Grundrente. Während man bisher überwiegend der Auffassung war, daß die städtische Grundrente, ähnlich der ländlichen, eine Differentialrente zwischen der Rente der schlechtesten und der günstigsten Lage des Ertragsobjektes sei, weist *Pribram* darauf hin, daß die Höhe der städtischen Grundrente von der unterschiedlichen Entwicklung der Mietpreise und Baukosten im Konjunkturverlauf bedingt ist und mithin eine Differentialrente des Kosten- und Ertragspreisverhältnisses genannt werden kann.

Dr. Geer [1124]

Normung

Internationale Sprachnormung in der Technik, besonders in der Elektrotechnik. (Die nationale Sprachnormung und ihre Verallgemeinerung). Von *Eugen Wüster*. Herausgegeben mit Unterstützung der Akademie des Bauwesens. Berlin 1931, VDI-Verlag G. m. b. H. 431 S. Preis 20 RM.

In den letzten Jahren ist die Erkenntnis von der Wichtigkeit der Ausdrucksweise, der sich die Technik bedient, stark gewachsen. Die Genauigkeit in der Satzbildung spielt eine ebenso große Rolle wie die der Wahl der technischen Bezeichnung. Für die Verständigung auf wissenschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiete über die nationalen Grenzen hinweg, wie vor allen Dingen für den Gütertausch selbst kann die Sprache des Fachmannes, des Kaufmannes, des juristischen Sachwalters und vieler sonstiger beteiligter Personen nicht klar und eindeutig genug erfolgen.

Die in allen Ländern als notwendig erachtete und vorangetriebene Industrienormung hat die Schwierigkeiten des Durcheinander in der Ausdrucksweise aufgedeckt und zwangsläufig national zu einer weitgehenden Differenzierung der technischen Bezeichnungen geführt; die Verfasser von technischen Wörterbüchern empfinden diese

Arbeiten der nationalen Normungsausschüsse als außerordentlich unbequem und den Fortschritt der eigenen Arbeiten hemmend; sie begrüßen trotzdem diese sprachlichen Normungsarbeiten aus sachlichen Gründen. Denn nur die den Normungsausschüssen eigene Autorität und der Zwang, der durch die „Normblätter“ ausgeübt wird, vermag die Vereinheitlichung der technischen Bezeichnungen zu verbürgen.

Wesentlich für die Normung der Fachsprache sind die Bestrebungen der Internationalen Handelskammer in Paris zur Vereinheitlichung der Zollnomenklatur, die durch die Section Economique de la Société des Nations in Genf ihre praktische Verwirklichung finden werden. Ganz besonders die Anforderungen des Zollwesens beweisen die vordringliche Regelung der sprachlichen Interessen von Technik, Industrie und Handel. Die Zeit, in der man Spracharbeiten und Sprachforschung für die Technik als eine Angelegenheit von nebensächlicher Bedeutung betrachtete, ist vorbei. Es steht fest und findet immer mehr Zustimmung, daß heute eine der Voraussetzungen geregelter Exportförderung die Bereinigung und Ausgestaltung der nationalen Fachsprachen ist. Die gleiche Zielsetzung kann man auch für das Esperanto (Kunstsprache) in Anspruch nehmen. *Wüster* ist bekannter Esperantist und hat um die Nutzbarmachung dieser Sprache für die Technik große Verdienste; auch dieses Werk *Wüsters* muß sich konstruktiv gestaltend auf die Esperantosprache in ihrer Anwendung auf die Technik und den Handel auswirken.

Eugen Wüster hat auf 429 Seiten ein umfangreiches, tiefgründiges Werk, eine philologische Forscherarbeit im besten Sinne des Wortes, verfaßt mit der Zielsetzung, der Bildung der Zwecksprache den Weg zu weisen. Hierbei stützt er sich auf ein bewundernswert fleißiges Quellenstudium wohl aller Aufsätze, Arbeiten und Wörterbücher, die der Sprache der Technik gewidmet sind. Ein erschöpfendes Namenverzeichnis unterstützt den Inhalt. Das Werk ist übersichtlich und in systematischem Aufbau geordnet. Es ist zu inhaltsreich und zu umfassend, als daß es möglich wäre, auf dem hier zur Verfügung stehenden Raum auch nur andeutungsweise auf den Inhalt einzugehen. Wer sich mit dieser Arbeit beschäftigt, wird sie als unentbehrliches Werkzeug immer wieder von Neuem zur Hand nehmen, um Rat aus ihr zu holen; abgesehen hiervon regt sie durch ihre Darstellung sowohl in philologischer wie in technologischer Hinsicht an. Das Werk muß überdies auch in seiner wirtschaftlichen Bedeutung gewertet werden. Für die Werbebüros der Industriefirmen und für die Redaktionsstuben der Fachzeitschriften wird es unentbehrlich sein.

Nach meiner Kenntnis verfügt das anderssprachige Ausland über keine Arbeit, die ihrem Umfang und ihrer Wesensart nach der von *Wüster* vergleichbar wäre. Die deutsche Technik kann sich deswegen dieser Arbeit besonders freuen, denn sie wird das Ansehen der deutschen wissenschaftlichen Technik mehren.

Schlomann [1286]

Recht und Wirtschaft

Taschenbuch für Gutachter. Auf Veranlassung des Reichsbundes vereidigter Sachverständiger. Von *Eugen Müllendorff*. Berlin 1931, Carl Heymanns Verlag. 79 S. Preis 3 RM.

Das kleine Werk ist aus einer 40 jährigen Erfahrung des Verfassers als Sachverständiger erwachsen. Mit seinen Regeln, Ratschlägen und Warnungen, die in straffer Kürze — wie etwa in den 10 Geboten für Sachverständige — zusammengedrängt sind, bildet es einen sachkundigen Führer nicht nur für diejenigen Techniker, die zum erstenmal eine Sachverständigentätigkeit ausüben, sondern auch für solche, die auf eine längere Betätigung zurückblicken können. Aus diesem Grunde sei dieses Buch allen Sachverständigen und allen denen, die es werden wollen, empfohlen.

Vielleicht ist in dem Büchlein allzusehr die Bedeutung des Sachverständigen als Hilfsperson eines Gerichtes betont, während die Bedeutung des Gutachters für das Privatleben in den Hintergrund tritt. Durch einige wenige Zusätze ließe sich dies ändern.

Zwei Nebenbemerkungen, die dem Wert des Werkes keinen Abbruch tun: Nach dem Erscheinen ist durch die Notverordnung vom 6. Oktober 1931 die Vergütung der Sachverständigen in einem Punkte wesentlich geändert worden. Bei der Aufzählung der Organisationen, die für das technische Sachverständigenwesen arbeiten, ist eine größere Vollständigkeit erwünscht, auch wenn das Buch „auf Veranlassung“ eines einzelnen Verbandes erschienen ist.
Br. [1335]

Aus andern Zeitschriften

Zum Problem der unversellen Überproduktion.

Wilhelm Fellner. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Bd. 66 (1931) S. 522/56.

Volkswirtschaftliche Untersuchungen über die Ursachen der „universellen Überproduktionskrise“, d. h. des (heute zwar nicht erstmalig, aber im bisher stärksten Grade aufgetretenen) Zustandes allgemeinen Gütermangels auf der Verbraucherseite bei gleichzeitigem Güterüberfluß auf der Erzeugerseite mit allen seinen verhängnisvollen Folgen und paradoxen Begleiterscheinungen. Ausgehend von Grundsätzen, die *Say* aus den Lehren *Ricardos* abgeleitet hat, mustert der Verfasser die verschiedenen Arten krisentheoretischer Anschauungen und nimmt insbesondere Stellung zu jenen Erklärungsversuchen, die unzureichende Geld-(Gold-)versorgung oder Verengung des Kreditvolumens als Krisenursache annehmen. Er setzt auseinander, wie der Zustand unverseller Überproduktion entsteht durch die natürliche Tendenz des Konjunkturaufstiegs zur Verflachung und unmittelbar die Krise ausgelöst wird durch einseitige Verengung des Zahlungsmittelvolumens und damit Preisrückgang. Dabei spielen objektive und psychologische Faktoren mit, zumal für die Verschärfung des Krisenverlaufs; für ihre katastrophale Härte ist die Erschütterung des Vertrauens in besonderem Maße verantwortlich. Kreditdeflation ist Wesenszug der komplexen Erscheinung „Krise“. *Fellners* analytisch-diagnostische Betrachtungen verzichten bewußt darauf, die Therapie der Krise zu erörtern.

Marktgerechtere Statistiken! *E. Schäfer*. Der Markt der Fertigware. Bd. 4 H. 1 (Jan./Febr. 1932), S. 3/8.

Der bekannte Fachmann auf dem Gebiete der Marktforschung setzt sich hier mit Mißständen und Mängeln auseinander, die jeder immer wieder beklagen muß, der an statistischen Grundlagen für Vertriebsplanung und Vertriebsarbeit arbeitet; er fordert mit Recht, daß das Material, das von den öffentlichen statistischen Stellen gesammelt wird, in marktmäßig gegliederter Form verarbeitet und dargeboten wird. Am Beispiel der Betriebsstatistik zeigt er, wie Produktivgüter- und Konsumwaren-Industrie willkürlich zusammengefaßt sind in einer einseitig technischen Gruppierung, sowohl in den Haupt- wie in den Untergruppen. Die Gebietseinteilung der Reichsstatistik folgt politischen und verwaltungsmäßigen Abgrenzungen, erfaßt nicht Wirtschaftsgebiete und vergleicht Gebiete ganz verschiedener Größenordnung. Auch die Güterverkehrsstatistik gliedert sich so, daß aus den Einzelpositionen (z. B. „unedle Metalle und Waren daraus“) wirtschaftlich nicht zu entnehmen ist. Ähnliches gilt für die Außenhandelstatistik. Der Verfasser fordert Umstellung dieser Methoden, auf die vielleicht ein großer Teil der Hemmungen zurückzuführen ist, die heute der praktischen Marktforschung und speziell der Konjunkturbeobachtung entgegenstehen. Auch die Statistik von Betrieben und Verbänden ist, teilweise in Anlehnung an die mangelhafte öffentliche Statistik, vielfach reformbedürftig.

Das Hollerith-Verfahren in der Umsatz- und Lagerkontrolle der Schokoladenindustrie. *F. Minek*. Hollerith-Nachrichten. H. 11 (März 1932), S. 108/115. 1 Abb. 6 ZT.

Auswahl der Angaben und Gliederung der Lochkarten, Lochungsarbeiten und Auswertungsweisen bei der Anwendung des Hollerith-Verfahrens für die Vertriebskontrolle von Markenartikeln. Der geschilderte praktische Anwendungsfall zeigt, daß mit diesem Verfahren alle für die Vertriebsführung erheblichen statistischen Werte und Abrechnungsergebnisse sicher und mit der diesem Verfahren eigenen schnellen Schlagfertigkeit zu ermitteln sind.

Le langage publicitaire. *R. L. Dupuy*. Vendre. Bd. 26 H. 100 (März 1932), S. 161/169. 2 Abb.

Ausführliche und mit Beispielen belegte Darlegungen über Eigenart und Stil der Werbesprache und über die Anwendung

des Bildes zur Steigerung ihres Wirkungsgrades. Alle Mittel der psychologischen Sprachbehandlung und Sprachgestaltung werden in fesselnder Weise behandelt.

La photographie publicitaire. Vendre (6 rue de l'Isly, Paris 8 e) Bd. 16 (1932) Nr. 98.

Fachheft, der Werbephotographie gewidmet. Nach einer kurzen Einleitung des Schriftleiters (*Paul Nicolas*) folgen vorzüglich ausgewählte ganzseitige Abbildungen nach Werbe-photos amerikanischer, schweizerischer, deutscher und französischer Spezialisten; jeweils kurzer Begleittext. Die Zusammenstellung zeigt die verschiedenen Auffassungen, Richtungen und Möglichkeiten der Werbephotographie, ohne erschöpfend sein zu wollen, vermittelt Anregungen und einige überragende Leistungen, zeigt auch Abwegiges und Flaches. Das deutsche Werbephotq ist verhältnismäßig zu schwach vertreten.

BH

Eingegangene Bücher

Das Gesetz der Volkswirtschaftlichkeit. Von *Alfred Bosenick*. Berlin 1932, Reimar Hobbing. 639 S. Preis 25 RM.

Der Staat als Unternehmer. Von *Hans Staudinger*. Berlin, Gersbach & Sohn. 99 S. Preis 3,50 RM.

Die Rationalisierung der Wirtschaftsprozesse. Von *Carl Matthes*. Zürich, Leipzig u. Stuttgart 1932, Rascher & Cie. 131 S. Preis 3,20 RM.

Der praktische Volks- und Betriebswirt in der modernen Wirtschaft. Von *Fritz Rothe*. Leipzig 1932, C. L. Hirschfeld. 87 S. Preis 2,80 RM.

Der Unternehmer und seine Sendung. Von *Rudolf Ludwig Mehmke*. München 1932, J. F. Lehmanns Verlag. 191 S. Preis 6 RM.

Schriftenreihe des Instituts für Betriebssoziologie und soziale Betriebslehre an der Technischen Hochschule zu Berlin, 2. H.: **Das Sozialleben des industriellen Betriebes.** Von *Walter Jost*. Berlin 1932, Julius Springer. 83 S. Preis 3,90 RM.

Abhandlungen und Berichte des Deutschen Museums, 3. Jg., 6. H.: **Die deutsche Montan- und Metallindustrie im Zeitalter der Fugger.** Von *Jakob Strieder*. Berlin 1931, VDI-Verlag. 38 S. Preis 1 RM.

Der Neubau des deutschen Kreditsystems. Von *Heinrich Rittershausen*. Berlin 1932, Georg Stilke. 184 S. Preis 2,80 RM.

Reparationsfibel. Hamburg 1931, Broschek & Co. Preis 2,80 RM.

Hoyer-Kreuter, Technologisches Wörterbuch. 6. Aufl. Herausgeg. von *Alfred Schlomann*. 1. Bd.: Deutsch-Englisch-Französisch. Berlin 1932, Julius Springer. 795 S. Preis 78 RM.

Zeitungs-Katalog 1932. 58. Ausg. Herausgeb.: Annoncen-Expedition Rudolf Mosse.

Deutsches Bergbau-Jahrbuch 1932. 23. Jg. Herausgeg. vom Deutschen Braunkohlen-Industrie-Verein E. V., Halle (Saale). Halle a. d. S. 1932, Wilhelm Knapp. 399 S. Preis 16 RM.

The Register of American Exporters 1931. Herausgeg. von der American Manufacturers Export Association, New York. 182 S.

Veröffentlichungen d. Verbandes Deutscher Diplom-Kaufleute E. V. (VDDK), 3. Bd.: **Literatur-Führer für Betriebswirte.** Berlin 1932, Selbstverlag des Verbandes. 324 S. Preis 6,50 RM.

Formularrecht der Wirtschaft. 1. Bd.: **Allgemeine Lieferungsbedingungen der Industrie, des Handwerks und der öffentlichen Hand.** Herausgeg. von *F. A. Müllerereisert*. Berlin 1932, Carl Heymanns Verlag. 315 S. Preis geh. 18 RM, geb. 20 RM.

Zugabewesen, Ausverkaufswesen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse. Von *Adolf Baumbach*. Zugl. Nachtrag zur 2. Aufl. von Baumbach: Das gesamte Wettbewerbsrecht. Berlin 1932, Otto Liebmann. 54 S. Preis 2 RM.

Die aktienrechtlichen und steuerlichen Änderungen durch die Notverordnungen. Von *Felix Bondi* und *Ernst Winckler*. Zugl. Nachtrag zur 7. Aufl. der „Praxis der Finanzierung“ von Bondi-Winckler. Berlin 1932, Otto Liebmann. 20 S. Preis 0,80 RM.

Steuermoral und Steuerbelastung. Von *Günter Schmolders*. Berlin 1932, Carl Heymanns Verlag. 14 S. Preis 0,80 RM.

Ausverkaufswesen und Schutz von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen. Erl. von *Rudolf Harmening*, *Otto Wagner* und *Karl Schäfer*. Berlin 1932, Franz Vahlen. 110 S. Preis 2,70 RM.

Praktisches Handbuch des amerikanischen Patentrechts. Von *Karl Michaelis*. 2. Aufl. Berlin 1932, Carl Heymanns Verlag. 459 S. Preis 26 RM.

Erfinderrecht und Allgemeininteresse. Von *Lorenz Weber*. Berlin 1931, Carl Heymanns Verlag. 91 S. Preis 5 RM.

KARTELLWESEN

BEARBEITER: REICHSWIRTSCHAFTSGERICHTSRAT DR. TSCHIRSCHKY
BERLIN-NEUBABELSBERG-BERGSTÜCKEN, HUBERTUSDAMM 17

Grundsätzliches aus der Kartellrechtspraxis

Die Frage der Zuständigkeit des Kartellgerichts, die gleichbedeutend ist mit der Grenzziehung zwischen dem Entscheidungsbereich dieses Gerichtes und dem der Zivilgerichte, ist, wie auch an dieser Stelle schon mehrfach angedeutet wurde, ganz wesentlich bestimmt durch die Auslegung des § 1 der Kartellverordnung, der den begrifflichen Rahmen der der Staatsaufsicht unterfallenden Organisationen abzustecken bestimmt ist.

Über diesen Rahmen herrscht in Wissenschaft und Judikatur noch keine Übereinstimmung. Sie wird auch nicht zu erzielen sein, solange über einzelne Merkmale wie etwa monopolistischer Charakter (Zweck) der Organisation, oder — in rechtlicher Hinsicht — über ihre Form (gesellschaftsähnliches Gebilde) keine Einigkeit zu gewinnen ist. Dadurch ist nun die

Möglichkeit abweichender Entscheidungen zwischen Reichsgericht und Kartellgericht

eröffnet, die zweifellos im Einzelfalle für die Rechtseinheit störend wirken kann. Ganz unangebracht ist es aber, daß gewisse Kreise, die gern jeden Hebel zur Schwächung

der öffentlichen Aufsicht über die Kartelle benutzen möchten, jeden Fall einer Meinungsverschiedenheit zwischen beiden Gerichten zu einer Gefahr für die „Rechtssicherheit“ aufbauen möchten. Mit diesem Begriff wird, wie hier nur kurz angedeutet werden kann, und zwar meist aus rechtspolitischen Gründen, häufig genug in irreführender Weise operiert. Die Forderung der Rechtssicherheit, wenn sie dahin verstanden wird, daß der Rechtssuchende durch eine sachliche Einheitlichkeit der Rechtsprechung einen An- und Rückhalt für die Beurteilung seines eignen rechtlich relevanten Verhaltens gewinnen soll, kann immer nur eine relative, also nicht absolut, vielmehr lediglich in gewissen Grenzen erfüllbare sein. Es gibt, zumal auf wirtschaftlichem Gebiete mit seinem ständigen Flusse der bewegenden Kräfte und dem ständigen Wechsel der hieraus sich ergebenden Tatsachen, keine Möglichkeit eindeutiger auf lange Dauer brauchbarer Gesetzesbestimmungen. Diese Erkenntnis hat grade jetzt wieder zu fruchtbaren wissenschaftlichen Erörterungen über die Auslegung der Gesetze durch den Richter geführt.

Ein jüngstes Beispiel aus der Praxis beleuchtet diese Schwierigkeiten in drastischer Weise. Die sogenannte *Benzinkonvention* hatte einem Tankstellenbesitzer

seine selbständige Außenseiter-Preispolitik durch rücksichtsloses Unterbieten seiner Preise mit dem Endziele seines Anschlusses an das Preisschutzsystem oder seiner Existenzvernichtung unmöglich machen wollen. Landgericht und Oberlandesgericht hatten ihn geschützt. Mit einer gradezu verblüffenden Einhelligkeit hatten sich daraufhin gegen diese Urteile, auch unter Berufung auf die bisherige Stellungnahme des Reichsgerichts, namhafteste Juristen mit eingehenden wissenschaftlichen Begründungen für die Zulässigkeit dieser so rigorosen Verbandspolitik ausgesprochen. Trotzdem hat das Reichsgericht in seiner Entscheidung vom 18. 12. 1931¹⁾ dem Bedrohten durch Zurückweisung der Revision sachlich recht gegeben. Dieses erfreuliche Ergebnis, das meiner eignen Auffassung durchaus entspricht, hat demnach eine bisher tief eingewurzelte Rechtsansicht mit den dem konkreten Fall entnommenen Gründen umgestoßen. Solcher Beispiele für einschneidende Änderungen rechtsgrundsätzlicher Auffassungen ließen sich ohne Mühe eine ganze Reihe aufzählen.

Nun ist es allerdings zutreffend, daß hiermit noch nichts Entscheidendes über die hier interessierende Variante einer Meinungsverschiedenheit zwischen zwei obersten Gerichten, wie dem Reichsgericht und dem Kartellgericht geklärt ist. Da nach der geltenden Gesetzgebung beide sogar über eine so wesentliche Grundfrage wie den Kartellcharakter einer Organisation entscheiden können, sind in der Tat Meinungsabweichungen möglich, wie sie zwischen der Entscheidung des Kartellgerichts vom 8. 1. 1932 (K 434/30, abgedr. i. Kart. Rundschau von 1932 Heft 3 S. 176 ff) und mehreren Urteilen des Reichsgerichts, zuletzt in II 192/31 vom 5. 4. 1932 (erscheint in Heft 5 oder 6 der Kart. Rundschau) über die Frage sich ergeben haben, ob ein Verpflichtungsschein, durch den sich der einzelne (Eisenröhren-)Händler seinem kartellierten Verkäufer (Röhren Großhändler) gegenüber verpflichtet, nur vom Händlerkartell zu beziehen und die festgesetzten Wiederverkaufspreise nicht zu unterbieten, als Kartellvertrag anzusprechen ist oder nicht. Das Reichsgericht hat eine ähnliche Bindung eines Kraftwagenreifen-Händlers aus dem Verträge der Reifenfabriken nicht als Kartellvertrag im Sinne des § 1 der Kartellverordnung angesehen (II 402/30 v. 22. 5. 1931, abgedr. in Kart. Rundschau 1931 S. 589 ff) und diese Auffassung in seinem oben angeführten jüngsten Urteil über die Preisbindung der zweiten Hand bei Markenartikeln ausdrücklich bestätigt. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, sei hier zunächst hervorgehoben, daß auch, wenn man die von mir stets verfochtene Ansicht ablehnt, letztere Verträge als Kartellabmachungen oder mindestens als „ähnliche Abmachungen“ dem § 1 der Kartellverordnung zu unterstellen, die vom Kartellgericht vertretene Auffassung gegenüber der Entscheidung des Reichsgerichtes in dem Reifenprozeß schon deswegen zutreffend erscheint, weil in beiden Fällen die Grundlage und Stütze der mit den Händlern abgeschlossenen Einzelverträge ein unstreitiger Kartellvertrag ist. Letztere Abkommen dienen notwendig, also zwangsläufig der mit diesen Kartellverträgen beabsichtigten und erzielten Gesamtpreisregelung auf dem betreffenden Markte. Dort sind die Röhren Großhändler, übrigens in weitgehender Abhängigkeit vom deutschen und dem internationalen Röhrenkartell, hier die Reifenhersteller, wie das Reichsgericht selbst ausdrücklich erklärt, kartelliert, weil ihr Vertrag „Verpflichtungen über die Handhabung des Absatzes, die Anwendung von Geschäftsbedingungen usw. enthält“. Wenn das Reichsgericht aus der — sehr geschickten — Herauslassung der Preisbindungen aus dem Hauptverträge und der Tatsache, daß einzelne Kartellmitglieder einen solchen Preischutz nicht eingeführt hätten, seine gegenteilige Auffassung begründen will, so übersieht es, oder besser gesagt, hat es keine Veranlassung genommen, die Frage aufzuwerfen, ob die Vorinstanzen den Tatbestand richtig gewürdigt haben. Demgegenüber hat das Kartellgericht in sehr eingehender Begründung das Gesamtverhältnis des Röhren-Händlervertrages nach seinem Zweck gewürdigt und hieraus richtigerweise den Charakter eines Kartellvertrages abgeleitet, indem es feststellt, daß „ein Vertrag, der (über den Zweck der Erfüllung einmaliger gegenseitiger Verpflichtungen hinausgreifend) die Er-

reichung des gemeinsamen Zwecks der allgemeinen Absatz- oder Preisregelung für bestimmte Waren oder Leistungen verfolgt, auch dann als ein Kartellvertrag anzusehen ist, wenn er nicht als ein Gesellschaftsvertrag im Sinne des § 705 BGB anzusprechen ist, sondern nur ein gesellschaftsähnliches Rechtsverhältnis begründet.“

Es soll demgegenüber durchaus zugegeben werden, daß bei der Preisbindung der Markenartikel im Wiederverkauf, je nachdem man diese Organisation zivilrechtlich-privatwirtschaftlich auffaßt, wie das Reichsgericht, oder öffentlich-rechtlich vom Standpunkte der Staatsaufsicht gegen Konsumverteuerung, wie es die Kartellgesetzgebung fordert, sich grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten nicht nur ergeben können, sondern müssen. Unter diesem Gesichtswinkel ist aber die angegriffene Divergenz zwischen der Beurteilung des Reichsgerichts gegenüber der des Kartellgerichts durchaus nicht als ein Mangel der Auslegung auf der einen oder der andern Seite anzusehen, der zu Besorgnissen über die Einheitlichkeit der Rechtsprechung etwa im Sinne einer zu „freien“ Judikatur des Kartellgerichts Anlaß geben könnte. Vielmehr liegt der Fehler tiefer, in dem Mangel der Gesetzgebung, die erst durch die Notverordnungen die Markenpreisbindung der Staatsaufsicht zugänglich gemacht hat. Ich bin aber fest überzeugt, daß die von mir seit Jahren vertretene Auffassung, daß der Markenpreisschutz eine der wirksamsten und dabei bedenklichsten Kartellformen darstellt, jetzt schnell ihrem endgültigen Siege zutreibt. Ich will hierzu nur auf die soeben erschienene umfangreiche Schrift von Prof. Dr. Fritz Marbach über „Kartelle, Trusts und Sozialwirtschaft“²⁾ verweisen, die in sehr vieler Beziehung das praktische Gegenstück zu meiner „Kartellpolitik“ als rein theoretischer Arbeit darstellt. Marbach, der selbst in amtlicher Eigenschaft Prüfungen über die Auswirkungen schweizerischer Kartelle angestellt hat, kommt hinsichtlich der Markenartikel (S. 250 ff) zu fast genau den gleichen Ergebnissen. „Man darf sagen — schreibt er zusammenfassend S. 262 — daß die Meinungsmonopole objektiv (für die kapitalistische Ökonomie) und subjektiv (für den letzten Konsumenten) nachteilig sind. Monopolpreise belasten den letzten Konsumenten um so mehr, desto weniger dieser einem Konsumgut ausweichen kann. Die Möglichkeit des Konsumausweichens ist aber bei vielen Markenartikeln nicht vorhanden.“

Zur Frage der Existenzgefährdung bei weiterer Bindung an das Kartell hat das Kartellgericht in grundsätzlich bedeutsamer Weise in seiner Entscheidung vom 15. 12. 1931 (K 390/31, abgedr. in Kart. Rundschau 1932 Heft 2 S. 106 ff) Stellung genommen. „Ein Kartell soll nicht nur ein vertragsmäßiger Zusammenschluß konkurrierender Interessenten zum Zwecke der Ausschaltung des Wettbewerbs sein, sondern auch eine Schutzgemeinschaft, der es nach dem das Gesellschaftsrecht herrschenden Grundsatz von Treu und Glauben fern liegen muß, durch überspanntes Beharren auf einer strengen Satzungsbestimmung gegenüber einem Mitglied an dessen wirtschaftlichem Zusammenbruch mitzuwirken.“ Damit hat sich das Gericht deutlich gegen die buchstabemäßige Überspannung des materiellen inneren Organisationszwanges gewandt, eine Überspannung des Kartellgedankens, gegen die schon lange vor der Kartellverordnung Flechtheim grundsätzlich Befreiung durch fristloses Ausscheiden gefordert hatte. In zwei weiteren Entscheidungen (vom 17. 2. 1932 in K 531/30 und K 175/31) hat das Kartellgericht sich mit ähnlichen Fällen einer einseitig scharfen Handhabung der satzungsmäßigen Strafgewalt gegen kleine kapitalschwache Mitglieder befaßt, denen wegen Verstöße durch vertragswidrige Lieferungen ohne Abschluß eines einwandfreien Verfahrens unverhältnismäßig hohe Geldstrafen auferlegt und zum Teil alsbald eigenmächtig vollstreckt worden waren. Zweifellos prägt sich in derartigen Vorfällen nicht sowohl ein grundsätzliches Versehen und Versagen der praktischen Kartellpolitik, als vielmehr eine durch die außerordentliche Ungunst der Wirtschaftslage diktierte Unzulänglichkeit der organisatorischen Mittel zur Befriedigung satzungsmäßig verbriefteter Mitgliedsrechte aus. Hieraus

1) II 514/30 abgedr. in Kart. Rundschau 1932 Heft 2 S. 115 ff.

2) Bern 1932, A. Francke AG. 357 S.

erwächst dann auf der einen Seite die Neigung im Kreise der Mitglieder zur Selbsthilfe und auf der andern das Streben, durch scharfe Handhabung der Verbandsgewalt das ohnehin heute ständig kriselnde Organisationsleben vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren. Die Gegenwart lehrt jedenfalls, daß, ganz gleich, wie man sich zu der — exakt übrigens kaum zu lösenden — Streit-

frage stellt, ob Kartelle Kinder der Not, also ungünstiger Konjunktur sind, jedenfalls eine anhaltende Wirtschaftsdepression wie die seit Jahren herrschende nicht kartellfördernd wirken kann, weil sie letzten Endes nur dem freien Unternehmer einige Aussichten der Ausnutzung besonderer eigener unternehmungswise Vorteile gestattet. [1394]

MITTEILUNGEN

FACHGRUPPE VERTRIEBSINGENIEURE

Vertrieb von Elektrowärmegegeräten

Bericht über einen Vortrag des Ziv.-Ing. G. Wolzenburg in der Ortsgruppe Köln

Die ungenügende Beschäftigung in vielen Fabriken führte zu einem großen Verlust der Elektrizitätswerke an Großabnehmern. Die Elektrizitätswerke waren also vor die Aufgabe gestellt, möglichst bald Ersatz dafür zu schaffen. Mit einer Überprüfung der Tarife war es allein nicht getan. Neuanschlüsse von Elektromotoren in Industrie und Gewerbe waren nicht zu erwarten, da diese Abnehmerkreise durchweg mit Motoren gesättigt waren. Man wandte also seine Aufmerksamkeit der Elektrowärme zu. Bei den Verwaltungen der Elektrizitätswerke wurden „Verbeabteilungen“ eingerichtet. Hand in Hand mit diesen arbeiteten die Vertriebsingenieure und Vertreter der Fabriken, welche die Geräte für Elektrowärme herstellten. Diese Zusammenarbeit hat auch den Elektrizitätswerken großen Nutzen gebracht. Zwar mußten sich die Tarife Änderungen gefallen lassen, dem stand aber eine erhebliche Zunahme des Absatzes an Geräten und damit des Stromverbrauchs gegenüber. Wenn man als Vertreter einem Verbraucher ein Gerät für Elektrowärme anbot, dann scheiterte das Geschäft vor Jahren daran, daß die Stromkosten zu hoch waren. Man mußte sich also von Fall zu Fall mit dem Elektrizitätswerk in Verbindung setzen, und in vielen Fällen gelang es auch, einen Sondertarif herauszuholen. Oft stellten die Elektrizitätswerke schon von sich aus zweckmäßige Tarife auf, die den neuen Verhältnissen Rechnung trugen. In dieser Hinsicht ist die Verwaltung des Kölner Elektrizitätswerkes vorangegangen. Der Tarif ist beweglich. Ihm verdankt die Verwaltung die überaus große Verwendung von Elektrowärme im Haushalt und in Großküchenanlagen.

Augenblicklich sind in Köln 9000 elektrische Küchen angeschlossen. Unter diesen befinden sich allerdings auch solche, die nur eine Bratröhre und eine oder zwei Heizplatten besitzen. Außerdem sind 55 Großküchen in Betrieb. Der Gesamtanschlußwert beträgt 5800 kW. Man rechnet mit rd. 2000 Benutzungsstunden, d. h. 11 600 000 kWh im Jahre.

In ganz Deutschland zählt man zur Zeit 50 000 elektrische Küchen. Diese Entwicklung kann sich wohl verlangsamen, aber sie läßt sich nicht mehr aufhalten. Durch weitere Senkungen der Stromkosten werden die Aussichten für die Verwendung der Elektrowärme immer günstiger. Man denke an den neuesten Tarif des RWE. Bei Einrichtung einer vollständigen elektrischen Küche mit Warmwasserspeicher wird der Strom schon für 5 $\frac{1}{2}$ kWh geliefert. In Leipzig berechnet man den Stromverbrauch für Warmwasser-Radiatoren tagsüber mit 6 $\frac{1}{2}$, in der Nachtzeit mit 3 $\frac{1}{2}$.

Will man den augenblicklichen Stand in der Anwendung der Elektrowärme kennzeichnen, so muß man ihn m. E. mit demjenigen des Glühlichtes vor etwa 30 bis 35 Jahren vergleichen. Heute sind die Kämpfe, die man zu jener Zeit gegen Petroleum und Gas zu führen hatte, vergessen. Die Elektrowärme muß heute noch gegen Kohle und Gas ankämpfen. Trotzdem dürfte es gelingen, in der Verwendung des elektrischen Stromes für Kochzwecke im Haushalt und Großküchen den Stand zu erreichen, den das elektrische Licht heute in diesen Kreisen besitzt.

Vertriebsorgen der Elektrokratt-Industrie

Bericht über einen Vortrag des Dipl.-Ing. Mütze in der Ortsgruppe Köln

Unter Elektrokratt-Industrie versteht man Fabriken für elektrische Maschinen und Apparate. Die Marktverhältnisse haben sich für diese Fabrikate erheblich verschlechtert.

Der Absatz der Elektrokratt-Industrie vollzieht sich im wesentlichen über die zwei großen Gruppen der Wiederverkäufer: die Installationsunternehmen und die Maschinenfabriken, welche die Ausrüstungen mit ihren Maschinen zusammenbauen. Während der Absatz an die Maschinenfabriken nur einen allgemeinen Überblick über die Wirtschaftslage gibt, zeigt der Absatz an die Installationsfirmen die genauen Marktverhältnisse eines Bezirkes auf. An einem konkreten Beispiel hat Mütze versucht, allgemeine Verhältniszahlen zu ermitteln, indem er sich von fünf bestimmten großen Installationsunternehmen in verschiedenen Gegenden des Regierungsbezirkes Köln die Umsatzziffern geben ließ. Setzt man den Gesamtumsatz dieser Firmen 1927 = 100%, so war er 1928: 68 $\frac{1}{2}$ %, 1929: 87%, 1930: 31%, 1931 rd. 15%.

Eine andere Untersuchung zeigte zwar, daß der Umsatzrückgang insgesamt nicht so stark war wie bei diesen Firmen; es zeigte sich aber auch hieran die immer stärker werdende Tendenz, den Zwischen- und Großhandel auszuhalten, eine Tendenz, die z. B. in der Textilbranche sich schon voll ausgewirkt hat.

Interessant ist auch der Rückgang in der Anzahl der Käufer. Setzt man wieder 1927/28 mit 100% ein, so waren es 1929: 94%, 1930: 65%, 1931: 47,5%.

Eine weitere Untersuchung für einen ganz bestimmten Artikel gab das interessante Bild, daß sich die Größenordnung der Aufträge erheblich verschoben hat. Setzten sich noch 1930 von 100% Auftragssumme 89% aus Aufträgen über 2000 RM zusammen, so war für denselben Artikel 1931 kein Gesamtauftrag über 2000 RM mehr eingegangen. Aus diesen Zahlen ersieht man, daß die Kundschaft die Lager langsam geräumt und dann nur reine Bedarfsdeckung vorgenommen hat. [1395]

Inhalt

	Seite
Aufsatzteil.	
Autarkie! Von Dr.-Ing. Otto Bredt	121
Die Abhängigkeit Deutschlands vom Weltmarkt. Von Dr. F. Haerecke	125
Britische Schutzzoll- und Industriepolitik. Von Dipl.-Ing. Dr. Alois Böhm	128
Die Praxis des Kundendienstes. Von Dr. F. Flucke	131
Archiv für Wirtschaftsprüfung:	
Gedanken über die Wirtschaftsprüfung städtischer Elektrizitätswerke. Von Prof. Dr.-Ing. R. Schneider	135
Zur Kapitalherabsetzung in erleichterter Form	137
Rundschauteil:	
Die deutsche Konjunktur Mitte Mai 1932. Von Prof. Dr.-Ing. H. D. Brasch	137
Konjunktur und Marktanalyse	139
Normung	140
Recht und Wirtschaft	141
Aus andern Zeitschriften	141
Eingegangene Bücher	142
Kartellwesen. Von Dr. S. Tschierschky	142
Mitteilungen der Fachgruppe Vertriebsingenieure:	
Vertrieb von Elektrowärmegegeräten — Vertriebsorgen der Elektrokratt-Industrie	144